Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

13.12.1892 (No. 283)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg. Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 283. Dienstag, den 13. Dezember 1892.

* Nationalliberale Geständnisse.

Karlsruhe, 12. Dezember.

Ueber die Verhandlungen der letzthin in Heidelberg abgehaltenen Delegirtensitzung der süddeutschen nationalliberalen Partei bewahrte bisher die gesammte nationalliberale Presse tiefstes Schweigen. Endlich hat, wie der „Straßb. Post“ geschrieben wird, der Mannheimer Parteiführer, Rechtsanwalt Ernst Bassermann, dieses Schweigen gebrochen, indem er in einer Versammlung am Freitag Abend einige selbst dem nationalliberalen Blatt interessant erscheinende Mittheilungen über jene Delegirtensitzung machte. Bassermann sagte:

„in Heidelberg habe völlige Uebereinstimmung darüber geherrscht, daß die nationalliberale Partei aufgehört habe, eine Regierungspartei zu sein, sofern sie eine solche jemals gewesen, und daß jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, in welchem die nationalliberale Partei ihren Liberalismus auf das schärfste betonen und ihre liberalen Grundsätze in den Vordergrund stellen müsse. In diesem Sinne seien in Heidelberg auch die bezüglichen Resolutionen gefaßt worden.“

Diese Aeußerung ist nicht blos interessant, sie läßt auch einen Schluß zu auf die „Stimmung“, die in Heidelberg geherrscht haben mag und erweckt sogar die Annahme, als ob die nationalliberale Partei sogar zur Einsicht kommen wolle. An Letzteres ist allerdings so lange keine Thaten zu sehen sind, nicht zu glauben, denn an liberal klingenden Worten, Phrasen und sogar Resolutionen hat es dieser Partei und ihren Führern noch niemals gefehlt. Also abwarten! Interessant ist die Aeußerung besonders deshalb, weil sie das Zugeständniß enthält, daß der Liberalismus und die liberalen Grundsätze der nationalliberalen Partei bisher nicht im Vordergrund sondern, was Jedermann bestätigen kann, ganz bedeutend im Hintergrund standen und jetzt erst in den Vordergrund gestellt werden sollen. Daß also die Gegner sehr im Recht waren, wenn sie sagten, der Nationalliberalismus verdiene die Bezeichnung liberal gar nicht, wird ihnen hiermit parteiamtlich bestätigt. Es ist das eine Genugthuung, die für einen großen Theil der von nationalliberaler Seite empfangenen Unbilden vollauf entschädigt.

Interessant ist auch die Betonung, daß gerade „jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen sei“, die liberalen Grundsätze in den Vordergrund zu stellen. Warum denn gerade jetzt? Eine Partei, die überhaupt Grundsätze hat und es ehrlich mit denselben meint, wird sie überall und jederzeit in den Vordergrund stellen. Es ist ja bekannt, daß die nationalliberale Partei ihre „Grundsätze“ nicht nach den Grundprinzipien der Verfassung und der allgemeinen Gerechtigkeit, auch nicht nach dem herrschenden Zug des Volkswillens einrichtet, sondern nach ihren eigenen Parteiverhältnissen. Kommen diese bei reaktionären Grundsätzen besser weg, dann werden, wie es die nationalliberale Partei in Baden im Interesse ihrer Selbsterhaltung bis auf den heutigen Tag gethan hat, diese in den Vordergrund gestellt. Schlagen sie aber, wie es sich zum Aerger der Nationalliberalen in der letzten Zeit bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt hat, fehl, dann werden die liberalen Grundsätze hervorgeholt, d. h. einstweilen auf's Papier gesetzt, um das Volk zu täuschen. Das neuerdings stets sichtbarer hervortretende Schwinden der Parteimacht und ihres Einflusses auf Volk und Regierung, das ist der Grund, weshalb gerade „jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen ist“ den wirklichen Liberalismus und die liberalen Grundsätze in den Vordergrund zu stellen; sonst nichts. Rücksichten auf das Volk und berechtigte Forderungen einzelner Theile desselben spielen dabei keine Rolle. Die Wählerschaft wird sich deshalb durch diese „liberalen Grundsätze“, selbst wenn sie ihr in Form von Resolutionen, gewürzt mit den volksfreundlichsten Phrasen vorgetragen werden, nicht beirren lassen, da dieselben erfahrungsgemäß nur so lange anhalten, bis der Parteizweck erreicht ist, und dann flugs wieder in den dunkelsten Hintergrund gestellt werden. Bezeichnend ist es aber immerhin für die Stimmung im nationalliberalen Lager, daß die führenden Persönlichkeiten überhaupt an die liberalen Grundsätze denken; offenbar sind sie in ihrer Kunst, mit anderen Mitteln sich die Volksgunst zu erobern und die Parteimacht zu erhalten, am Ende.

Die „liberalen“ Grundsätze, die neulich in den Reden der Herren Fieser und Goldschmitt über das direkte Wahlrecht und die neue Gemeindeordnung zum Ausdruck gekommen sind, riechen übrigens nach nichts weniger als nach Liberalismus. Da diese Reden nach der Heidelberger Delegirtensitzung gehalten wurden, wo einer der genannten Herren jedenfalls auch zugegen war und der „einstimmig“ gefaßten Resolution zustimmte, kann man sich heute schon ein Bild davon machen, wie die liberalen Grundsätze, die nun in den Vordergrund gestellt werden sollen, ausfallen mögen. Wie diese Reden, so zeigt auch die gegenwärtig vom Nationalliberalismus betriebene Antijesuitenagitation was unter diesen „liberalen Grundsätzen“ zu verstehen ist. Es ist, wie der verstorbene Demokrat Venedey in Konstanz einmal bezüglich des Nationalliberalismus gesagt hat: „ein schöner Name für eine schlechte Sache.“

Noch interessanter als die Farce von den liberalen Grundsätzen ist die Bemerkung, daß die nationalliberale Partei aufgehört habe Regierungspartei zu sein, sofern sie eine solche jemals gewesen. An Letzterem wird wohl Niemand zweifeln. Die Nationalliberalen haben es zwar schon häufig bestritten, aber es spricht sehr zu Gunsten unserer ebenso oft wiederholten und bewiesenen gegentheiligen Behauptungen, daß die Nationalliberalen wahrheitsliebenden Herren nunmehr selbst in ihre früheren Aeußerungen starke Zweifel setzen. Man kann nach obiger Auslassung sogar sagen, sie geben es zu, daß sie Regierungspartei waren und noch sind. Damit geben sie wenigstens der Wahrheit die Ehre und das ist immerhin anzuerkennen. Was speciell das Verhältniß des badischen Nationalliberalismus zur Regierung betrifft, so läßt sich die Richtigkeit der Bezeichnung „Regierungspartei“ allerdings streitig machen, denn es fragt sich ob die Regierung mehr der Partei oder die Partei mehr der Regierung zu Willen war. Von dieser Erwägung ausgehend wäre die Bezeichnung „Parteiregierung“ vielleicht zutreffender als der Name Regierungspartei. Für das zwischen beiden Faktoren bestehende Verhältniß ist die Bezeichnung übrigens gleichgiltig, insbesondere da es jetzt ja parteiamtlich zugestanden worden ist.

Während die Erklärung vom Hervorholen der „liberalen“ Grundsätze angesichts der Lage, in welche die nationalliberale Partei durch ihre reaktionären Grundsätze gekommen ist, für Jedermann begreiflich ist, wird die Aeußerung, daß die nationalliberale Partei nunmehr aufgehört habe Regierungspartei zu sein bezüglich der speciell badischen Verhältnisse, weniger verstanden werden. Im Reich wurde ja die nationalliberale Regierungspartei mit Bismarck, Gott sei Dank, abgeschafft und unter dem jetzigen Kurs wird sie, trotz des Falles des Schulgesetzes, nicht so bald sich einer besonderen Bevorzugung zu erfreuen haben. Bezüglich des Reiches wissen also die Herren recht wohl warum sie aufgehört haben Regierungspartei zu sein. Anders liegen aber die Dinge in Baden; da hat ihr Verhältniß zur Regierung für ihre Partei mehr Werth als „alle liberalen Grundsätze.“ Ohne die Regierung ist ihre Macht und ihr Einfluß, auch wenn sie die schönsten und liberalsten Grundsätze hervorkehren, gleich Null. Wie so oft im Leben werden also auch hier von der Regel Ausnahmen gemacht werden; wo das Interesse der Partei es erheischt, wird man eben nicht aufhören Regierungspartei zu sein, während dort, wo nicht anzukommen ist, die Regierungspartei aufhört.

Das ist der Sinn der mit „völliger Uebereinstimmung“ gefaßten, auffallender Weise so geheim gehaltenen Resolution. Wenn diese Geheimhaltung jedoch damit zusammenhängt, daß sich die Herren selbst keine große Wirkung von ihrer Resolution versprechen, dann ist sie allerdings, wie wir oben gezeigt, sehr am Platze.

Lieber wäre es uns, wir könnten der Resolution eine andere Deutung geben, denn mit einer Bethätigung wirklich liberaler Grundsätze überall und jederzeit, und einer vollständigen Emancipation der nationalliberalen Partei von der Regierung bezw. dieser von der nationalliberalen Partei, wäre gewiß Jedermann einverstanden. Leider ist diese Annahme ausgeschlossen.

Wo sind die Hetzer?

* **Aus Baden**, 10. Dezember.

Ueber das gegenwärtige Treiben gewisser nationalliberaler Wort- oder Federhelden ist in diesem Blatte schon manches treffende Urtheil abgegeben worden. Daß die genannte Partei, wenn man sie nach vielen der jetzigen Kundgebungen ihrer Mitglieder oder Genossen beurtheilt, nicht bloß altersmüde, sondern wie das oft zusammengeht, auch mehr oder weniger stumpf- oder schwachsinnig geworden, kann Niemand mehr verborgen sein. Von irgend einer neuen politischen Idee oder Bestrebung, einem klaren Ziele, einer vernünftigen Anregung ist ja in all' den Reden oder Zeitungsartikeln gar nichts mehr zu spüren; es ist, als ob in einem abgeschmackten Bismarck-Kultus, einem kläglichen Geschrei über die „schlechte innere oder äußere Lage“ (die sie ja übrigens wesentlich mitschaffen halfen) jeder bessere Gedanken verloren gegangen sei. Nun hat zwar bereits ein Mitarbeiter des „Bad. Beob.“ „Aus der Pfalz“ einem dieser echten „Bierbankpolitiker, dem Prof. Zöller in Mannheim, in richtiger und wohlverdienter Weise heimgeleuchtet. Es verdient aber das Gebahren eines Mannes mit diesem Bildungsgrade und aus diesen Gesellschaftskreisen eine nochmalige entschiedene Verurtheilung. Ist es denn nicht genug an der schweren Verhetzung der verschiedenen Klassen der Bevölkerung, wie sie durch die Socialdemokratie besorgt wird? Was braucht denn ein Mann, der doch über die nöthigen geschichtlichen Kenntnisse verfügt, mit dem Urtheil, daß es in Deutschland unter der jetzigen Regierung so schlecht stehe, noch besonders in weitere Kreise des Bauernstandes eine ganz künstliche Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen hereinzutragen?

Niemand wird bestreiten, daß die Erwerbsverhältnisse in den letzten Jahren von Bismarck's Herrschaft ganz ebenso ungünstig waren, wie jetzt, daß sie in allen europäischen Ländern, auch in den freiesten, durchaus nicht besser sind. Den Gründen dieser Erscheinung nachzugehen, ist hier nicht nöthig. Was ist aber das für ein fades, hohles Gerede von dem „Staatsschiff, das bald auf den Strand laufen werde (wie denn?), wenn nicht ein anderer Steuermann komme“ (bekanntlich ist das gegenwärtig der Kaiser selbst)! Jawohl, diese Befürchtung hätte man vielleicht haben können kurz vor dem Rücktritt Bismarck's, wenn man sich der allgemeinen und tiefen Erbitterung erinnert, deren Ergebniß die unter Bestehen des Socialistengesetzes erfolgten Wahlen von 1890 waren! Jetzt aber, welcher verständige Mann wird nicht den Gedanken an irgend einen gewaltsamen Volksausbruch (wie er damals nahestand) einfach lächerlich finden! Hat nicht der „neue Kurs“ Beruhigung nach den verschiedensten Seiten verbreitet und sind nicht einige Gesetze und Neueinrichtungen von größter und wichtigster Bedeutung, theils im Reiche, theils in Preußen geschaffen worden, und ist endlich nicht die Regierung immer bestrebt, überall da Ordnung und Abhilfe zu erwirken, wo es nur nöthig ist!

Für dies alles haben natürlich die tiefsinnigen nationalliberalen Wortführer kein Gefühl, kein Verständniß; viele oder die meisten derselben scheinen ja zu einem objektiven Urtheil gar nicht mehr fähig zu sein. All' ihre politische Weisheit erschöpfte sich eben in einer bedingungslosen, blindlings gegebenen Zustimmung, zu dem was der große Herr und Meister einst zu thun oder zu sagen beliebte; ihre Bewunderung hatte und hat noch, wie gesagt worden ist, einen Straußenmagen, dem alles zugemuthet werden darf. Dieser Aerger, der einem vollständigen Mangel von Verständniß für die Fragen des Tages, einer wirklich politisch unreifen Anschauung entspringt, erfaßt jetzt diese unselbständigen Mannesseelen, daß die Politik nicht mehr ganz nach ihrer angelernten Schablone geht. Zwar wissen sie gewöhnlich zuerst nicht recht, was sie eigentlich über dieses oder jenes Gesetz, diese oder jene Maßregel sagen sollen; aber dann kommt bald wieder das Orakel, das sie auf die richtige (!) Spur führt und unterdessen wird in gewohnter Weise weitergenörgelt oder geschimpft.

Ein Mann von Bildung, wie der genannte Redner doch sein will, sollte schon aus der konstitutionellen Geschichte Englands wissen, daß es sich gerade in diesem Lande als unabweisliche Nothwendigkeit bewährt hat, von Zeit zu Zeit wieder den entgegengesetzten Parteianschauungen einigermaßen Raum zu gewähren und Rücksicht zu tragen; so entsteht dann wieder Beruhigung im Lande. Zu diesem Ergebniß nun hat auch ganz unzweifelhaft der Rücktritt Bismarcks geführt und die gute Wirkung dieser politischen Veränderung ist durch die meisten Maßnahmen des neuen Kurses nur verstärkt worden. Daß es den Nationalliberalen wenig behagt, wenn die politischen Gegner nicht fortwährend verfehmt werden, wie früher geschehen, und wenn nicht Tag für Tag eine genügende Anzahl „römischer Finstlinge“ am Regierungstisch verspeist werden, ist ja begreiflich und würde man ihnen schließlich auch nicht so übel nehmen. Aber daß Männer, wie der genannte nationalliberale Professor, durch so vollständig unwahre Angaben das Landvolk gegen die bestehenden Verhältnisse aufzuhetzen und noch weiter Unfrieden zu säen sich bemüßigt fühlen, das verdient in vollem Maße öffentliche Mißbilligung. Wer nichts besseres zu sagen weiß, der thäte besser daran, zu schweigen; durch derartige Behaup-

---

Die Tochter des Fälschers.

Frei nach dem Englischen von Clara Rheinau.

84) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

18. Kapitel.

Diplomatie.

Als Elisabeth langsam den Weg nach der Arden's Wohnung einschlug, war sie geistig und körperlich fast zu ermüdet, um zusammenhängend denken zu können. Es war erst vier Uhr und ein silberner Mantel von Thau und weichem Nebel verschleierte die Rasenplätze und Blumenbeete des Kurhauses. Die Luft, welche vom Taunus herüberwehte, war köstlich frisch und belebend und der Himmel im Osten fing bereits an, sich zu röthen. Elisabeth warf sich auf eine der Bänke in der großen Platanenallee nieder — zufällig dem gleichen Sitz, auf welchem Sir George von dem schweren Schlaganfall betroffen wurde; und das müde Haupt an die geborstene Rinde gelehnt, überdachte sie nochmals die seltsamen Ereignisse der letzten aufregenden Stunden. Es schien ihr, als sähe sie Alfred wieder, die dunklen Augen voller Liebe und Sehnsucht, über sich geneigt und sie fragte sich, wie sie stark genug gewesen, ihm zu widerstehen, so schwach, so gänzlich erschlafft fühlte sie sich jetzt.

Sie schloß ihre Augen, als ob sie auf diese Weise auch die Erinnerung ausschließen könne und war so in eine Art unklarer Träumerei versunken, daß sie der rasch sich nähernden Schritte nicht achtete. Es war Roderich Middleton, der, auf einem Spaziergang begriffen, Elisabeth schon aus der Ferne erkannt und überrascht herbeieilte. Er erkannte in einer Sekunde, daß es mehr als physische Ermüdung war, welche diesen Zustand gänzlicher Erschöpfung verursacht. Als er dicht herankam, öffnete Elisabeth ihre Augen und versuchte aufzustehen.

„Sie sind total ermattet, Fräulein Fothergill, wie ich sehe,“ begann Roderich. „Ich fürchte, Sie hatten eine anstrengende Wache, welcher Ihre Kräfte nicht gewachsen waren. Nehmen Sie den Rath eines Arztes an und gehen Sie schleunigst nach Hause und zu Bett. Frühstücken Sie ein wenig und dann schlafen Sie, so lange Sie können.“

„Ja, ich muß gestehen, daß ich müde bin, obgleich ich kaum weiß, warum. Eine Pflegerin müßte doch ohne Beschwerde einige Stunden Nachtruhe entbehren können.“

Roderich setzte sich neben ihr nieder und bat um Erlaubniß, ihren Puls fühlen zu dürfen.

„Sie müssen außer der Wache bei unserem ruhigen Patienten noch etwas Aufregendes gethan haben, Fräulein Fothergill,“ sagte er fest. „Ich hoffe, Sie lasen keine Geistergeschichten während der Nacht.“

Seine Stimme klang sehr theilnahmsvoll und auch das leiseste Zeichen von Sympathie war Elisabeth gerade in diesem Augenblick unbeschreiblich willkommen.

„O nein; ich lese sehr selten Geistergeschichten; aufregend wirken sie überhaupt nicht auf mich. Ich habe starke Nerven, aber ich gestehe, daß die vergangene Nacht mir eine große Gemüthserregung brachte. Sir George hielt mich für eine alte Freundin, die ihm sehr theuer gewesen, als er aus dem ersten Schlaf erwachte. Es war sehr merkwürdig; ich glaube, er phantasirte. Endlich schlummerte er ein, meine Hand in der seinigen haltend; ich war gerade neben dem Bette niedergekniet.“

„Und Sie blieben einige Stunden in dieser gekrümmten Stellung! Ich glaube, Sie seien zu verständig, Fräulein Fothergill, um Ihre kostbaren Kräfte durch solch' mißverstandene Güte zu erschöpfen. Uebrigens brauchen wir diese nicht länger anzuspannen, denn ich habe eine tüchtige englische Wärterin engagirt. Frau Beresford befindet sich wieder so wohl, daß sie gerne auf diese verzichtete. Sie haben sich überangestrengt und bedürfen der Ruhe und Erholung. Verbringen Sie die kommende Woche im Sonnenschein mit dem kleinen Fräulein Lisa.“

Elisabeth seufzte. Dieses Arrangement zerschnitt vollständig den gordischen Knoten. Sie konnte jetzt nicht mehr in den „Vier Jahreszeiten“ bleiben und doch fiel es ihr schwer, Sir George zu verlassen.

„Sie wissen es am besten“, sagte sie resignirt; „doch versprechen Sie mir eines, nicht wahr?“ Sie legte mit flehender Geberde ihre Hand auf Roderich's Arm.

Blind wie sie war, las sie nicht den Ausdruck in den ehrlichen braunen Augen, sondern hörte ihn nur sagen:

„Ich will jedes vernünftige Versprechen geben.“

„Ich sagte Ihnen bereits, daß Sir George mich für eine alte Freundin hielt. Er kannte meine Mutter vor langen Jahren und entdeckte eine Aehnlichkeit mit ihr. Wenn er nach Elisabeth Fothergill fragt, müssen Sie sofort nach mir schicken. Ich kann Ihnen nicht Alles sagen; Wärterinnen sind verpflichtet, die Geheimnisse ihrer phantasirenden Patienten zu respektiren; aber vergessen Sie es nicht. Es ist keine Caprice von mir, wenn ich sage, daß meine Anwesenheit dann nothwendig ist.“

„Verlassen Sie sich darauf, ich sende augenblicklich nach Ihnen. Sie dürfen meinem Wort vertrauen,“ begann er, aber Elisabeth brach plötzlich zusammen. Sie verbarg ihr Gesicht in den Händen und versuchte die Thränen zu verheimlichen, die sie nicht länger zurückhalten konnte. Es war sehr hart für Roderich, ihr in diesem Augenblick nicht sein ängstlich gehütetes Geheimniß zu verrathen; aber ein starker Impuls hielt ihn zurück, ihrer schweren Bürde noch diesen letzten Strohhalm beizufügen. Schweigend, von dem sehnlichsten Verlangen erfüllt, sie trösten zu können, stand er an ihrer Seite; doch er machte klugerweise keinen Versuch, sie in ihrem Kummer zu stören.

Jetzt eilte er plötzlich raschen Schrittes die Allee hinunter; und als der Schall seiner Fußtritte verhallte, lehnte Elisabeth ihr schmerzendes Haupt an die Platane und schluchzte bitterlich. Das Leben schien ihr zu hart, zu unbegreiflich. Alfred liebte sie, wie sein Vater ihre arme Mutter geliebt, deren bleicher Schatten zwischen ihr und ihrem Glücke stand. Vielleicht würde auch er vergessen und eine Andere durch seine Liebe beglücken, während sie, ohne alle Schuld, für immer einsam bleiben müßte.

„Der Herr, Dein Gott, ist ein eifersüchtiger Gott und wird die Sünden der Väter heimsuchen bis in's dritte und vierte Glied;“ diese furchtbare Drohung schwebte ihr immer vor Augen und einige Minuten schien es, als wolle sich düstere Verzweiflung ihrer Seele bemächtigen. Der schärfste und nagendste Kummer ist nichts im Vergleiche zu dem dumpfen Weh gänzlicher Hoffnungslosigkeit.

Doch nicht lange verblieb Elisabeth in dieser trostlosen Stimmung; ihre tiefe, wahre Religiosität half ihr rasch über diese Klippe, an welcher so Vieler Lebensschifflein zu scheitern pflegt. Aus ihrem innersten Herzensgrunde rang sich ein stummes Gebet zum Throne des Allerhöchsten und der Aufruhr in ihrer Brust machte einem Gefühl des Friedens, der freiwilligen Entsagung Raum. Noch flossen ihre Thränen, aber weich, wie ein lindernder Balsam, bis sie allmälig ganz versiegten.

Sie dachte gerade daran, ihren Weg fortzusetzen, als Roderich sich wieder näherte, zwei Tassen dampfenden Kaffees und einige frische Brödchen in der Hand tragend. Er lächelte ihr fröhlich zu und bemerkte:

„Ich sah, daß Sie zu müde waren, um ohne eine Erfrischung nach Hause zu gehen; deßhalb holte ich diesen Kaffee aus einem kleinen Kiosk auf dem Wege nach den Quellen. Er ist stets sehr frühe geöffnet, für die Gärtner vermuthlich, und ich habe schon öfters Gebrauch davon gemacht. Sie sehen, es war auch heute kein rein uneigennütziger Gang, denn ich habe auch mich nicht vergessen.“

Mit diesen Worten rückte er ein kleines eisernes Tischchen dicht an die Bank heran und legte das frische Gebäck auf ein großes grünes Blatt. Dann nahm er aus seiner Brusttasche sorgfältig eine wundervolle halboffene Gloire-de-Dijon-Rosenknospe, auf welcher noch die Thautropfen glänzten und überreichte sie Elisabeth. Diese nahm sie dankbar an und befestigte sie in ihrem Gürtel. Es lag etwas förmlich Belebendes in dem köstlichen Duft.

„Wie gütig und aufmerksam Sie sind! Ich fühle mich schon wohler,“ sagte sie, nachdem sie den Kaffee getrunken, der eine leichte Röthe in ihre Wangen brachte.

„Nicht im Geringsten; ich wünschte selbst mein Frühstück,“ entgegnete er ruhig.

Gütig, aufmerksam — o, wenn sie nur hätte wissen können, welche Freude es ihm bereitete, ihr auch nur den kleinsten Dienst leisten zu können. Sein ganzes Leben lang erinnerte er sich dieses improvisirten Mahles in der kühlen Morgenluft, mit dem leichten Rauschen der Platanen über ihren Häuptern. Aber es war bald vorüber; wie alles Schöne und Beglückende ging auch dieses Mahl von Nektar und Ambrosia für Roderich's hungriges Herz nur allzu rasch zu Ende.

Er bot Elisabeth seine Begleitung nicht an, mit feinem Takt errathend, daß sie allein zu sein wünsche. Und sie kehrte in die ruhige Wohnung der Ardens zurück, wo ein verschlafenes Dienstmädchen ihr die Thüre öffnete, suchte sogleich ihr kleines Zimmer auf, schloß die Jalousieen und schlummerte friedlich bis in den hellen Tag hinein.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

tungen, auch wenn sie mit „erhobener, von innerer Bewegung zeugender Stimme gesprochen werden," kann er sich bei ruhig, sachlich und vernünftig urtheilenden Leuten nur lächerlich machen. Mögen solche Nörgler doch zuerst einmal das Land ausfindig machen, wo besser regiert wird, wo politisch und wirthschaftlich glänzendere Verhältnisse vorhanden wären! So lange sie das nicht können, bleibt der Vorwurf ungerechtfertigter Hetzerei auf ihnen haften. Damit punctum finale.

Deutschland.

Berlin, 10. Dezember.

)-(Die gestrige Sitzung des Reichstags lieferte den glänzenden Beweis dafür, daß das Centrum auf's Eifrigste bemüht ist, allgemein empfundenen Mißständen des wirthschaftlichen Lebens Abhilfe zu leisten. Als eine wahre Landplage werden von den verschiedensten Seiten die zu Tage tretenden Auswüchse des Hausirhandels beklagt und sind schon während der letzten Session dem Reichstag viele Petitionen, darunter auch eine solche von Pfullendorf, zugegangen, in welchen über den Hausirhandel Klage geführt und eine gesetzliche Beschränkung beantragt wird. Bei der großen Geschäftsüberhäufung konnte sich der Reichstag in der abgelaufenen Session nicht mehr mit den Petitionen beschäftigen und sind solche leider unerledigt geblieben. Um nun die Sache rechtzeitig in Fluß zu bringen, hat die Centrumsfraktion an die verbündeten Regierungen eine Interpellation gestellt, des Inhalts, welche gesetzlichen Maßnahmen beabsichtigt seien, um die im Hausirhandel nöthigen Beschränkungen einzuführen. Diese Interpellation war Gegenstand der gestrigen Verhandlung. Begründet wurde die Interpellation von dem Abg. Dr. Schädler in einstündiger, das Wesen der Sache tief berührender, erschöpfender Weise. Schädler, ein witziger Pfälzer, läßt sonst gerne seinen Humor spielen, aber gestern war er ganz von dem Ernst seiner schweren Aufgabe erfüllt und behandelte sein Thema rein sachlich mit einer Gründlichkeit, die sorgfältiges Studium und reife Erfahrungen bezeugte. Er schilderte an drastischen Beispielen die großen Gefahren, die der Hausirhandel berge, die naheliegende Versuchung, das Publikum zu übervortheilen und andere Ausschreitungen zu begehen, die gegen gute Sitte und öffentliche Sicherheit verstoßen. Schädler will nicht eine gänzliche Beseitigung des Hausirhandels, aber eine Beschränkung, die das konsumirende Publikum und das seßhafte Handelsgewerbe schützt. Als Vertreter der Reichsregierung antwortete Herr Dr. Bötticher, erklärend, daß dem Reichstag in Bälde eine Gesetzesvorlage zugehen werde, über deren Inhalt er sich jedoch im Interesse der Vermeidung einer Diskussion nicht aussprechen zu sollen glaube. Gleichwohl entspann sich eine längere Debatte, in welcher die Centrumsabgeordneten Biehl (München) Gröber (Württemberg), von Buol (Baden) das Bedürfniß einer gesetzlichen Neuregelung des Hausirhandels betonten, aber auch anerkannten, daß dem wirthschaftlich berechtigten Hausirhandel keine Schwierigkeiten bereitet werden sollen. Abg. Gröber hat eingehende Studien in der Gesetzgebung anderer Staaten, insbesondere Oesterreichs über den Hausirhandel gemacht und gab schätzbare Winke, wie unter Schonung des geschichtlich und wirthschaftlich berechtigten Hausirhandels wohlthätige und zweckmäßige Beschränkungen seiner Auswüchse eingeführt werden können. Die Bemühungen des Centrums wurden von socialdemokratischer Seite heftig bekämpft. Es steht jedoch zu erhoffen, daß die verdienstvollen Bestrebungen des Centrums von der Reichsregierung wirksam unterstützt werden.

— Ueber die Gewehrlieferung für die Heeresverwaltung findet sich im „Hamb. Corr.", der von hier aus vielfach officiös benutzt wird, eine Aufsehen erregende Berliner Korrespondenz, in der es heißt, daß in militärischen Kreisen die Beweisaufnahme im Prozeß Ahlwardt die ernsteste Aufmerksamkeit erregt habe und daß man deßhalb allmälig der Meinung zuneige, künftig die Herstellung von Gewehren ausschließlich den staatlichen Fabriken vorzubehalten. „Hinsichtlich der Löwe'schen Gewehre aber" — wird dann fortgefahren — „ist in Bezug auf die festgestellten Unregelmäßigkeiten in der Fabrik wie bei der Ablieferung von höheren Offizieren die Ansicht ausgesprochen worden, daß es sich empfehle, sämmtliche von Löwe gelieferten Gewehre demselben zurückzugeben und dafür in den staatlichen Anstalten neue anfertigen zu lassen." Um das durch den Ahlwardt-Prozeß, wie auch aus diesen Zeilen hervorgeht, vielfach entstandene Mißtrauen zu beseitigen, haben die Nationalliberalen dem Reichskanzler eine Interpellation unterbreitet, von deren Beantwortung sie eine Beruhigung erhoffen. Die Interpellation lautet: „Die in dem soeben beendeten Prozesse Ahlwardt vernommenen militärischen Sachverständigen haben sich zwar schon entschieden für die gute Qualität unserer neuen Infanterie-Bewaffnung ausgesprochen; nichts desto weniger erscheint es wünschenswerth, wenn von höchster autoritativer Stelle aus eine Bestätigung und Bekräftigung dieses Urtheils erfolgt. Die Unterzeichneten richten deßhalb an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob derselbe bereit sei, dem Reichstage in diesem Betreff eine Mittheilung zu machen?" Nach einer Notiz der „Frankf. Ztg." soll obige Auslassung des „Hamb. Corr." officiös dementirt werden.

— Im Ahlwardt-Prozeß sprach nach dem Plaidoyer des Vertreters des Nebenklägers Oberstlieutenant a. D. Kühne Ahlwardt. Seiner Meinung nach habe die Beweisaufnahme alle in der Flugschrift enthaltenen Thatsachen bestätigt, nur die von ihm gezogenen Schlußfolgerungen seien bisher unbewiesen. Er habe ursprünglich das Buch zu antisemitischen Zwecken verfaßt, nachher aber die nöthigen Schritte gethan, um ein amtliches Einschreiten zu veranlassen. Er habe das Vertrauen der Soldaten zu den Gewehren nicht erschüttern, sondern nur bewirken wollen, daß unbrauchbare Gewehre ausgestoßen würden.

— Die „Kreuz-Zeitung" erhofft von dem neuen konservativen Programm, daß es die Partei innerlich stärken, und die Anzahl ihrer Vertreter in den Parlamenten vermehren werde. Sie findet, daß Graf Eulenburg dem lauten Geschrei der Liberalen etwas schnell nachgegeben habe, als er dem Landrath von Bornstedt einen Verweis wegen seines öffentlichen Eintretens zu Gunsten Ahlwardt's ertheilte.

Hannover, 11. Dez. Die gestern hier im Continental-Hotel tagende außerordentliche Hauptversammlung des Vereins der Kornbrennerei-Besitzer und Preßhefe-Fabrikanten Deutschlands war von über 200 Mitgliedern besucht und beschloß Folgendes einstimmig: Staffelbesteuerung für kleine Hefe-Brennereien, Aufhebung der Maischraumsteuer, Revision der Kontingentirung, Milderung beim Schlempe-Verkauf für landwirthschaftliche Hefe-Brenner. Der Verein sprach sich entschieden gegen jede Erhöhung der Branntweinsteuer aus unter der Aufrechterhaltung des Kontingents und verlangte vorab die Alkohol-Besteuerung in Bier und Wein.

Hamburg, 11. Dez. Die „Hamb. Nachrichten" befürchten aus der Prozeßführung und dem Urtheil im Ahlwardt-Prozeß Schaden für das Ansehen der preußischen Justiz, sowie daß die Erfahrungen und Wahrnehmungen des Prozesses schwerlich dazu beitragen würden, die antisemitische Bewegung einzudämmen. Die Arnswalder Wahl und der konservative Parteitag seien Symptome einer drohenden aus dem Prozeß entstandenen Gefahr. Auch die „Hamb. Nachrichten" empfehlen die Zurückgabe sämmtlicher Löwe'schen Gewehre.

München, 11. Dez. Am Freitag hat im Reichstagswahlkreise Kaufbeuren die Ersatzwahl für den zum Rektor in Eichstätt ernannten Abgeordneten Gymnasialprofessor Dr. Orterer stattgefunden. Nach den bisherigen Meldungen erhielten aus 67 Bezirken Bürgermeister Zinth (Centrum) 3819, Landgerichtsrath Wagner (lib.) 2146, Dr. Sigl, Redakteur des „Bayerischen Vaterland" (bayerischer katholischer Partikularist), 1883, Zitt (Socialdemokrat) 694 Stimmen. Aus 80 Bezirken stehen die Meldungen noch aus.

Ausland.

Wien, 10. Dez. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erhob der katholisch-konservative Abgeordnete Baron Dipauli entschiedensten Einspruch gegen den Versuch der Unterdrückung der parlamentarischen Redefreiheit, welche vom Verein zur Abwehr des Anti-Semitismus bei dem Präsidenten Smolka gegen die Anti-Semiten gemacht worden war. Alle Parteien, mit Ausnahme der Liberalen stimmten lebhaft zu. In liberalen Kreisen wird für Verweigerung des Budget-Provisoriums agitirt, um den Rücktritt des Kabinets Taaffe oder die Auflösung des Hauses herbeizuführen.

Paris, 11. Dez. Die Exhumirung der Leiche Reinach's fand gestern Vormittag statt. Die Identität wurde konstatirt. Zur Autopsie war ein Toxicologe als Expert zugezogen; sie dauerte zwei Stunden. Gehirn, Eingeweide und Rückenmark wurden herausgenommen und sollen in Paris im Toxicologischen Laboratorium untersucht werden, was mindestens drei Wochen dauern wird. Die Journalisten wurden bei der Konstatirung der Identität der Leiche nicht zugelassen und sandten deßhalb einen Protestbrief an den Staatsanwalt.

London, 11. Dez. Die Herzogin und Prinzessin Marie von Edinburg werden am nächsten Donnerstag nach Sigmaringen abreisen. Der Herzog von Edinburg begibt sich am 19. Dezember ebenfalls nach Sigmaringen, wo am 10. Januar die Vermählung des Prinzen-Thronfolgers von Rumänien mit der Prinzessin Marie stattfindet. — Seit der Auslieferung des Anarchisten François ist der Geheimpolizei das Anwachsen verdächtiger Ausländer in London aufgefallen. Da zugleich das Ministerium des Innern ähnliche Drohbriefe wie die britische Botschaft in Paris erhielt, sind besondere Polizisten zur Bewachung der öffentlichen Gebäude und zur Beobachtung der Ausländer beordert worden.

Rom, 11. Dez. In Betreff des Gesundheitszustandes des Papstes waren in der letzten Zeit wieder beunruhigende Gerüchte durch die liberale Presse in Umlauf gebracht worden. Dieselbe sind schon officiell dementirt worden. Weiter wird mit Bezug auf die Nachricht von einer angeblich schweren Erkrankung des Papstes konstatirt, daß der Gesundheitszustand des heil. Vaters trotz seines hohen Alters von 83 Jahren so befriedigend als möglich ist. Er obliege seinen hohen Aufgaben mit ungeschwächtem Eifer und mit vollständiger Regelmäßigkeit, sowie er überhaupt seit der Besteigung des päpstlichen Thrones in seiner Lebensweise und seiner Zeiteintheilung nichts geändert hat. Alle Anzeichen berechtigen somit zu der Hoffnung, daß der Papst sein bevorstehendes Bischofsjubiläum mit der gleichen körperlichen Rüstigkeit und Lebhaftigkeit des Geistes begehen wird, wie das Jubiläum, welches er vor vier Jahren gefeiert hat.

Das nächste päpstliche Konsistorium soll bekanntlich, wie schon gemeldet, im Januar stattfinden und in demselben auch die Erhebung der hochwürdigsten Herren Erzbischof Dr. Krementz von Köln und Fürstbischof Dr. Kopp von Breslau zu Kardinälen stattfinden. Es ist nunmehr von hier die Anzeige von der bevorstehenden Erhebung an die beiden Kirchenfürsten abgegangen. Bis jetzt sei die Ernennung von zehn neuen Kardinälen sicher, darunter vier Italiener und außerdem der päpstliche Nuntius Msgr. Galimberti in Wien und der Fürstprimas von Ungarn, Erzbischof Vaszary von Gran.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Dezember.

Der Reichstag nahm am Freitag in dritter Lesung das Nothgesetz, betr. die freien Hilfskassen, ohne Debatte an und verhandelte dann über die Interpellation der Abgg. Hitze u. Gen., betr. die Abzahlungsgeschäfte und den Hausierhandel.

Die Interpellation wurde begründet durch den Abg. Dr. Schädler (Centr.) Derselbe wies zunächst den Einwand zurück, daß es sich hier wieder um eine zünftlerische Quacksalberei und reaktionäre Bestrebungen handle. In den Fragen der Wanderlager, des Hausierhandels und der Abzahlungsgeschäfte sehe er keineswegs den Kern der Handwerkerfrage. Diese erührten aber den Mittelstand in seinen Lebensinteressen. Man wolle kein absolutes Verbot, sondern nur eine Beschränkung des Hausierhandels und zwar mit Rücksicht auf die ungünstigen Verkehrsverhältnisse mancher Gegenden und im Interesse des Hausierhandels selbst. Die Hausierer seien zum Theil bedenkliche Individuen und wendeten sich vielfach an Leute, welche von dem Werthe der Waare nichts verständen und einer gewissen Zudringlichkeit nicht zu widerstehen vermöchten. Die Waaren seien großentheils Ramschwaaren. Die Bevölkerung werde dadurch an Preise gewöhnt, für die der solide Kaufmann keine Waare abgeben kann. Auch trage der Hausierer, wo er verkaufe, nicht zu den Gemeindelasten bei, wie es der Kaufmann thue. Die Gesetzgebung müsse Abhilfe schaffen gegen den Mißbrauch der Freiheit. Es müsse die Bedürfnißfrage geprüft und es müßten bestimmte Waaren und Personen vom Hausierhandel ausgeschlossen sein. Ein besonderer Grund für eine Beschränkung des Hausierhandels liege in den vielen Klagen über die Sonntagsruhe. In Folge der Sonntagsruhe falle ein großer Theil des Geschäfts an den Hausierhandel. Auch in Wanderlagern und Waarenauktionen würden minderwerthige Waaren an den Mann gebracht. Die sog. Ausverkäufe seien vielfach gar keine Ausverkäufe. Die Abzahlungsgeschäfte hätten zwar ihre Berechtigung, aber die Inhaber seien doch auch nicht die großen Menschenfreunde, für die sie sich ausgeben. Gegen die Ausbeutung sei gesetzliche Hilfe jedenfalls dringend geboten; hoffentlich komme die Regierung bald mit einer Vorlage.

Staatssekretär v. Bötticher erklärte, dem Bundesrath sei am 18. Okt. eine Vorlage betr. die Abzahlungsgeschäfte zugegangen und werde bald an den Reichstag kommen. Einen bestimmten Beschluß hätten die verbündeten Regierungen noch nicht gefaßt. Bezüglich des Hausierhandels seien Untersuchungen angestellt, inzwischen aber auch eine Vorlage von der bayerischen Regierung an den Bundesrath gemacht worden. Auch hierüber werde der Bundesrath in nicht allzu ferner Zeit beschließen. Ueber den Inhalt der Vorlage wolle er weiter nichts mittheilen, um sich nicht wieder den Vorwurf zuzuziehen, daß er überflüssige Erörterungen veranlaßt habe.

Bei der Besprechung der Interpellation warnte der nationalliberale Abg. Möller, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Er gebe zwar zu, daß bei beiden Geschäftszweigen einzelne Mängel vorhanden seien, indessen weise er darauf hin, daß diese Geschäftszweige an sich nothwendig seien und eine große sociale Aufgabe zu erfüllen hätten. Namentlich wolle er diejenigen Gegenden berücksichtigt wissen, die von dem Hausierhandel lebten, und diejenigen Abzahlungsgeschäfte, welche Nähmaschinen und dergleichen machten. Auch er verlangte, daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe auf das Hausiergewerbe erstreckt würden. Durch die schablonenhafte Festsetzung der Geschäftsstunden an Sonntagen sei vielen kleinen Gewerbetreibenden die Existenz ungemein erschwert worden.

Abg. Ackermann (kons.) wünschte die Zusage, daß die Vorlage noch in dieser Session kommen würde, und hob dem Vorredner gegenüber hervor, daß die Absicht gar nicht dahin gehe, den Hausierhandel und die Abzahlungsgeschäfte gänzlich zu verbieten, sondern nur die hervorgetretenen Auswüchse zu beschneiden. Das sei doch unleugbar, daß die Abzahlungsgeschäfte gerade die ärmeren Klassen zu unnöthigen Ausgaben verleiteten und zum Theil systematisch ausplünderten, indem sie beim Ausbleiben einer einzigen Rate die Waare sofort wieder an sich nehmen.

Der Abg. Dr. Baumbach (dfr.) hielt es nicht für nöthig, wegen der Beschwerde über den Hausierhandel gleich den ganzen gesetzgebenden Apparat des Reiches in Bewegung zu setzen. Besonders nehme es ihn Wunder, daß die Initiative dazu von der bayerischen Regierung ausgegangen sei, während doch gerade in Bayern solche Industrien angesessen seien, die auf dem Hausierhandel basirten. Daß man in München das biedere Radiweib oder den Händler mit dem „Bayerischen Vaterland" als einen unangenehmen Gast betrachte, verstehe er auch nicht. (Heiterkeit.) Entschieden wandte er sich dagegen, daß der Detailreisende als Hausierer behandelt werde, er berief sich darauf, daß Windthorst früher gegen die Freisinnigen gegen diese Gleichstellung aufgetreten sei.

Abg. Groeber (Centr.) bemerkte, aus der Antwort des Staatssekretärs habe man nichts erfahren, was nicht schon längst bekannt gewesen und am 24. Nov. v. J. gesagt gewesen sei. Seit einem ganzen Jahre scheine nichts weiter geschehen zu sein. Der Entwurf über den Hausierhandel scheine darauf hinzudeuten, daß die preußische Regierung dagegen sei. Es werde dem Antrage wohl so gehen, wie dem Redemptoristenantrage, der schon seit zwei Jahren ein friedliches Dasein in den Akten des Bundesrathes zu führen scheine. Eine bestimmte Antwort hätte man jedenfalls von der Regierung verlangen dürfen. Solche wichtigen socialen Fragen sollten mit größerer Schnelligkeit behandelt werden. Militärfragen behandle man in ganz anderem Tempo. Glücklicherweise sei man bezüglich der bayerischen Vorlage auf die Mittheilungen des Staatssekretärs nicht angewiesen, da der Inhalt bereits durch die Presse bekannt geworden sei. Principiell entspreche der bayerische Antrag den Vorschlägen des Centrums. Zunächst handle es sich um die Gleichstellung des Detailreisenden, der nicht bloß Kaufleute, sondern Privatkundschaft aufsuche, mit den Hausierern. Diese Gleichstellung sei berechtigt. Ebenso berechtigt sei die Gleichstellung des Hausiergewerbes, der innerhalb des Wohnortes stattfindet, mit dem der auswärts betrieben werde. Der dritte principielle Hauptpunkt der bayerischen Vorlage sei der, daß vor Ertheilung des Wandergewerbescheins die Bedürfnißfrage zu entscheiden sei. Die Prüfung der Bedürfnißfrage sei gar nichts Abnormes, sie sei vielmehr in einer Reihe von Fällen schon heute geltendes Recht. Die bayerische Vorlage gehe aber dem Centrum noch nicht weit genug. Der Kreis der vom Hausierhandel ausgeschlossenen Waaren müsse noch erheblich erweitert werden. Namentlich der mit der Kolportage von Schriften und Bildwerken, Schauerromanen und dergleichen abgeschmacktem Zeug getriebene Unfug müsse beschränkt werden. (Sehr richtig!) Manufakturwaaren und handwerksmäßige Waaren müßten ausgeschlossen sein. Ferner wäre eine Erschwerung der persönlichen Bedingungen für die Zulassung zum Wandergewerbe angemessen. Die Ausnahmen, durch welche die Gewerbeordnung vielfach durchlöchert sei, müßten präcisirt und eingeschränkt werden. Den Bedürfnissen der Gegenden, die durch die historische Entwicklung auf das Hausiergewerbe angewiesen seien, könne man entgegenkommen, indem man das Bedürfniß einfach anerkenne. Ein Mißbrauch sei da auch nicht zu befürchten. Nach dem Vorgange Bayerns und Oesterreichs könnte man die Gemeinden und Sachen, welche ausgenommen werden sollten, aufzählen. Aber auch dem Umfange nach genüge die bayerische Vorlage noch nicht. Beim Abzahlungsgeschäft hätten sich Mißstände schlimmster Art eingeschlichen. Mit der Regelung der Frage dürfte man nicht bis zum allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche warten, sie sei nicht lediglich vom privatrechtlichen Standpunkt zu behandeln, sondern müsse auch gewerbepolizeiliche und strafrechtliche Bestimmungen aufnehmen, wie es in Oesterreich der Fall sei. Ganz zu verbieten sei der Betrieb der Abzahlungsgeschäfte im Umherziehen. Auch lügenhafte Reklame, durch welche dem Publikum unwahre Thatsachen vorgespiegelt würden, z. B. über die Bezugsquellen der Waaren, über den Grund des Verkaufs ꝛc. könne man unterdrücken und auch strafen, wenn nicht der Thatbestand des Betruges vorliege. Es handle sich da um eine illoyale Konkurrenz. Ferner werde das kleine Gewerbe geschädigt durch den Unfug beim Konkursmachen. Auch hier werde man den gewerbsmäßigen Konkursmachern schärfer zu Leibe gehen müssen. Im Centrum habe man versucht, alle diese Fragen in einem bestimmten Gesetzentwurf zusammenzufassen, er behalte sich die Einbringung desselben vor, damit man nicht zu warten brauche, bis etwa in Jahren der bayerische Antrag an das Haus gelange. Die Beschwerden über den Hausierhandel u. s. w. rührten etwa nicht bloß von einigen unzufriedenen Krämern in kleinen Städten her. Mit theoretischen Erwägungen komme man über das praktische Bedürfniß hinweg. Die Beschwerden könne man nur beseitigen, wenn man ihnen entspreche. (Bravo!)

Abg. Geyer (Soc.) nahm die Hausirer in Schutz; sie gingen meist aus den Arbeitslosen hervor und verkauften vielfach auch Waaren, die sie und ihre Angehörigen selbst verfertigt hätten. Die Auswüchse des Hausirhandels ließen sich schon auf Grund der Gewerbeordnung beseitigen. Mit Beschränkungen vermehre man nur die Arbeitslosigkeit, die kleinlichen Mittelchen sollten auch mehr zur Agitation dienen, als um dem Gewerbe wirklich zu helfen. Die Abzahlungsgeschäfte würden nicht solche Ausdehnung annehmen, wenn man für bessere Löhne der Arbeiter sorge. Als der Redner auch auf die Sonntagsruhe näher eingehen wollte, wurde er von dem Präsidenten daran gehindert.

Der bayerische Bundesbevollmächtigte Landmann legte energische Verwahrung gegen die Darstellung des Abg. Baumbach ein, als ob die bayerische Regierung von einem kleinlichen Standpunkt aus ihren Antrag gestellt habe und die bayerischen Verhältnisse nicht übersehe. Herr Baumbach möge von seinem früheren Krähwinkel aus einige Beobachtungen gemacht haben, aber die Verhältnisse in Bayern habe er doch nicht richtig überschaut. Die Klagen über die Hausirer seien in Bayern allgemein und im bayerischen Landtage sei auch von der Linken gefordert worden, daß die Zulassung zum Hausirhandel von der Bedürfnißfrage abhängig gemacht werden müsse.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antis.) verbreitete sich über den jüdischen Hausirhandel und die jüdischen Abzahlungsgeschäfte und schilderte die Mißstände bei den Abzahlungsgeschäften. Die Klagen über das Hausiergewerbe richteten sich nicht gegen den Hausirhandel an sich, sondern gegen den jüdischen Hausirer, der nur spionire und Gelegenheit suche, andere Geschäfte einzuleiten. Dem Unfug würde bald abgeholfen sein, wenn man einfach bestimme, daß die Juden nur mit selbstgefertigten Waaren handeln dürften. (Große Heiterkeit.)

Abg. Biehl (Centrum) sprach gegen die gesetzliche Zulässigkeit des Eigenthumsvorbehalts bei Abzahlungsgeschäften. Viel mehr sei dieser am Platze gegenüber den Bauspekulanten, die so oft die Handwerker um ihre Lieferungen beschwindelten. Gerade da liege eine große Quelle der Unzufriedenheit. Die gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnisse müßten eine große Zahl Handwerksmeister in's antisemitische Lager treiben. Die Verantwortung tragen die Regierung und die Parteien, die nicht sogar den lumpigsten Konzessionen an die Handwerker widersetzen. Nicht einmal die unnatürlichen Auswüchse, über die man auf allen Seiten klage, würden beseitigt. Beim Hausirhandel müsse die Bedürfnißfrage geprüft werden. In manchen Gegenden wären die Hausirer nothwendig. Man bekämpfe auch nur die unreellen.

Weiter sprechen noch die Abg. Müller (wildlib.), welcher ausführte, daß der Hausirhandel auf dem platten Lande eine Nothwendigkeit sei, Pieschel (nl.), der aus eigener richterlicher Erfahrung die Nothwendigkeit einer Regelung der Abzahlungsgeschäfte nachwies, v. Strombeck, der betonte, daß man bei Beseitigung der Mißbräuche das ehrliche Gewerbe nicht schädigen dürfe, Ulrich (Soc.), der ausführte, daß die Abzahlungsgeschäfte eine volkswirthschaftliche Nothwendigkeit und der Hausirhandel ebenfalls vielfach unentbehrlich sei, Abg. Tröltsch (nl.) der die Einschränkung des Hausirhandels im Interesse der kleinen Gewerbetreibenden befürwortete.

Abg. Freiherr v. Buol konstatirt, daß auch im badischen und württembergischen Landtage die Nothwendigkeit einer Einschränkung des Hausirhandels allseitig anerkannt sei. Was die Beschränkungen des Hausirhandels am Sonntage angehe, so wünsche er im Interesse der kleinen Hausirer seines Wahlkreises, welche auch in den Grenzorten der benachbarten Staaten ihren Erwerb suchten, die Ausnahme von den Beschränkungen der Sonntagsruhe einheitlich und allgemein durch den Bundesrath festgesetzt zu sehen.

Staatssekretär v. Bötticher entgegnete, er werde eine Verständigung hierüber herbeizuführen suchen. Eine gewisse Latitüde werde man den Unterbehörden wohl lassen müssen.

Samstag 12 Uhr: Militärvorlage.

Berlin, 10. Dezember.

Im Reichstage begann heute die erste Lesung der Militärvorlage. Das Haus war nicht wesentlich besser besucht als sonst. Dagegen waren am Bundesrathstische außer dem Reichskanzler nicht weniger als vier Kriegsminister, von Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen, sowie eine ganze Anzahl anderer militärischer und civilistischer Bundesbevollmächtigter anwesend. Die Tribünen waren gut besucht, jedoch keineswegs überfüllt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Präsident Mittheilung von dem Eingange der Interpellation der Abgg. Buhl und Marquardsen, die aus Anlaß des Prozesses Ahlwardt eine Erklärung von höchster autoritativer Stelle über die Kriegsbrauchbarkeit unserer Gewehre wünschen.

Alsdann erhielt als erster Redner zur Militärvorlage das Wort der preußische Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau. Er erklärte, die militärischen Gesichtspunkte zur Sprache bringen zu wollen, die bei Einbringung der Vorlage maßgebend gewesen seien. Die Heeresverwaltung sei für den bevorstehenden Ablauf des Septennats vor den schwierigen Entschluß gestellt, in jeder Weise die Heeresorganisation weiter auszubauen. Dabei seien zwei Gesichtspunkte hervorgetreten: Die ungleiche Vertheilung der Last der allgemeinen Wehrpflicht und die nicht zulängliche Wirkung in militärischer Beziehung. Wir, die den Anstoß zur Idee der allgemeinen Wehrpflicht gegeben, hätten allmälig den anderen Staaten gegenüber den Vorsprung verloren, weil wir das Ziel bisher nicht erreicht hätten. Als Weg zur Erreichung des Zieles erscheine die Erweiterung des Rahmens, der Rekrutirungsbedarf ausgeschlossen; es bleibe nur die Vermehrung der Präsenzstärke und der Kadres. Beim Festhalten der dreijährigen Dienstzeit würden aber die Kosten unerschwinglich sein. Auch erscheine es ihm schon wegen der jetzigen ungleichmäßigen Ausbildung der Truppen besser, durch Verkürzung der Dienstzeit die Mittel zu schaffen, die eine intensive gleichmäßige Ausbildung verbürgen. Allerdings sei es nicht richtig, bei Abwägung der gegenseitigen Machtverhältnisse bloß Zahlen in Rechnung zu stellen, andererseits wäre es aber auch nicht zu verantworten, daß Heer einem stärkeren Feinde entgegenzuführen und es ihm zu überlassen, durch sein Blut diese Verschiedenheit auszugleichen. Wolle das deutsche Reich seine Machtstellung behalten, so müsse es bereit sein, seine volle Kraft jeden Augenblick in die Wagschale zu werfen. Die Jugend gehöre in erster Linie zum Angriff, die Alten zum Nachschub und zur Vertheidigung. Damit werde auch der Landwehr der ihr gebührende Wirkungskreis angewiesen, die neue Organisation habe den Zweck, für gleichmäßige Ausbildung der Streiter zu sorgen. Die dreijährige Dienstzeit möge ja jedem Militär das Wünschenswertheste sein, aber man müsse das Erreichbare erstreben was bei der gleichmäßigen Vertheilung und höchster Anspannung der Kraft eine sorgfältige Ausbildung gewährleiste. Auf diesem Gedanken beruhten die Vorschläge bezüglich der Fußtruppen. Die Vermehrung der Kavallerie sei in den engsten Grenzen gehalten. Ausbildung von Stammeskadrons habe gerade die Interessen möglichster Sparsamkeit in's Auge gefaßt. In der Kommission werde man auf die Einzelheiten näher eingehen und auch auf die Möglichkeit der Beschaffung des ausreichenden Ausbildungsgehalts nachweisen können. Die Annahme der Entwürfe würde eine Verstärkung und Verjüngung des Heeres bedeuten, die die beste Garantie für den Frieden und für den Fall eines Angriffes die sicherste Aussicht auf Erfolg gewähren. Die bei der Durchführung entstehenden Schwierigkeiten treten zurück gegenüber dem Mißstand, mit Kräften zu rechnen, die nach seiner pflichtmäßigen Ueberzeugung nicht mehr ausreichten. (Schwaches Bravo rechts.)

Abg. Freiherr v. Huene: Der Kriegsminister hat uns eine Begründung vom streng militärischen Gesichtspunkte aus gegeben. Wir im Reichstage haben aber auch die Pflicht, die wirthschaftliche Gesammtlage dabei nicht außer Acht zu lassen. (Sehr richtig.) Mir persönlich erscheint ja die Grundlage der Vorlage über die Ersatzvertheilung zutreffend, daß gleichmäßig alle Leute herangezogen werden. Aber ich fürchte, daß das platte Land, abgesehen von einzelnen großen Städten, davon am meisten betroffen wird. (Sehr richtig! rechts.) Es hat nicht an spitzigen Bemerkungen in der Presse gefehlt, daß ganz bestimmte Geschäftsanbahnungen im Werke sein müßten, weil wir bei der Etatsberathung so schweigsam waren. Das hat seinen ganz natürlichen Grund darin, daß die Berathung der Militärvorlage selbst ja nahe bevorstand; außerdem haben wir uns gerade in den Tagen der Etatsberathung in wiederholten Fraktionssitzungen mit der Vorlage beschäftigt, hatten also vor Beendigung dieser Berathung keine Veranlassung, unsere Stellung zu kennzeichnen. Ich kann als Ergebniß dieser Besprechungen erklären: meine politischen Freunde sind vollständig einig darüber, daß die Vorlage, wie sie uns übergeben ist, ihrem vollen Umfange nach für uns unannehmbar ist. (Hört! hört links.) Ja, meine Herren, deßhalb sage ich es ja. (Heiterkeit.) Dagegen fühlen wir uns nach unserer früheren Stellungnahme verpflichtet, alles zu bewilligen, was innerhalb der jetzigen Präsenzstärke zur Durchführung der gesetzlich festgelegten zweijährigen Dienstzeit nöthig ist. (Bewegung.) Ich bemerke noch, daß ich nicht weiß, ob ich bei meinen weiteren Ausführungen in allen Einzelheiten mit allen meinen Freunden übereinstimme, da ich diese Rede nicht vorher in der Fraktion gehalten habe. Im Allgemeinen glaube ich aber mit der großen Mehrheit meiner Freunde übereinzustimmen. Ich glaube, ich halte mich bei der Erläuterung unseres Standpunktes am zweckmäßigsten an die Windthorst'schen Resolutionen, die hier ja als eine Art Programm vorgeschlagen und angenommen worden sind. Die erste Resolution ersucht die verbündeten Regierungen, von Plänen Abstand zu nehmen, durch welche die Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften durchgeführt werden

ist, weil dadurch dem deutschen Reich geradezu unerschwingliche Kosten erwachsen würden. Der Reichskanzler meinte, er sei denselben soweit als möglich entgegengekommen. Ein gewisses Entgegenkommen gebe ich ja zu; aber Entgegenkommen ist noch keine Uebereinstimmung, und eine volle Uebereinstimmung ist noch nicht erzielt. Der Reichskanzler glaubte, die Resolution wolle nicht hindern, alle wehrfähigen Mannschaften einzustellen, der Schwerpunkt liege in der finanziellen Belastung. Eine solches divide et impera ist nicht richtig, man muß die Resolution als Gesammtheit auffassen; der zweite Theil erläutert den ersten Ausspruch. Der Gedanke, alle wehrfähigen Mannschaften wirklich einzustellen, ist ein Gedanke, der, wenn er thatsächlich durchgeführt werden sollte, die Konsequenz des zweiten Theiles unmittelbar zur Folge haben müßte. Bereits vor 2 Jahren hat der Reichskanzler gegen den Ausdruck „unerschwingliche Kosten" polemisirt. Ich habe mich gefreut, daß der Kriegsminister heute auch das Wort „unerschwinglich" mit Bezug auf die damals angedeuteten Pläne gebraucht, also unseren damaligen Standpunkt bestätigt hat. Der Gedanke, alle wehrfähigen Männer thatsächlich einzustellen, wird, das behaupte ich auch heute noch, zu unerschwinglichen Lasten führen. Die Vorlage ist auch gar nicht die Ausführung des Gedankens in seiner ganzen Konsequenz, und der Reichskanzler hat den Unterschied zwischen dem heute und dem damals vorgelegten Plan ganz richtig hervorgehoben. Der damalige Kriegsminister hat namentlich in aller Schärfe an der dreijährigen Dienstzeit festgehalten. Wenn dabei die Heranziehung aller Wehrpflichtigen voll durchgeführt werden sollte, so wären wir mit den Jahren zu zahlreichen neuen Regimentern, Brigaden, Divisionen, ja auch einigen neuen Armeekorps gekommen. Diesem Plane gegenüber war die Resolution entstanden. Aber auch dem heutigen Plane bleibt damit die Einstellung aller wehrfähigen Mannschaften gemeinsam. Man will 88,000 Mann ihrem bürgerlichen Berufe entziehen, man mache sich einmal klar, was das heißt! Wir haben ja gehört, daß es dem Reichskanzler gelungen ist, die ursprünglichen Forderungen soweit herabzusetzen, daß auf die Tabaksteuer verzichtet werden konnte. Aber was jetzt verlangt wird, ist doch noch sehr viel. Es läßt sich nicht leugnen, daß ein schwerer Geschäftsdruck auf dem Lande lastet. Die Landwirthschaft würde sich bei der neuen Belastung der Früchte ihrer hübschen Ernte nicht erfreuen können. Da ist es doch sehr zu prüfen, ob wir diese neuen Lasten tragen können. Die Begründung der Vorlage ist ein Muster von Knappheit. Ich gebe aber zu, daß man an dieser Stelle nicht jede Einzelheit aussprechen kann, es wird also in der Kommission noch manche Lücke auszufüllen sein. Wenn man den Willen hat, die zweijährige Dienstzeit einzuführen, so wird sich auch eine Form finden lassen, die diesen Gedanken etwas schärfer ausspricht. Ich werde in der Kommission beantragen, in einem § 2 auszusprechen, daß für die Dauer der Bewilligung der in § 1 zu vereinbarenden Präsenzziffer die zweijährige Dienstzeit garantirt wird, dann sind der Reichstag und die Regierungen gesichert gegen eine Beseitigung der zweijährigen Dienstzeit und Herabsetzung der Präsenzziffer. Der Ausdruck „im Allgemeinen" ist viel zu unbestimmt. Weiter sollen die Etatsstärken der bestehenden Bataillone erhöht werden. Diese bedürfen einer Verstärkung am allerwenigsten; hier können wir wohl mit Fug und Recht einen Abstrich machen. Die Einführung von 173 vierten Bataillonen hat eine gewisse Beunruhigung erzeugt, da man — wenn auch nach meiner Meinung ohne Grund — fürchtet, sie würden sich zu Regimentern auswachsen. Man sollte sie Ersatzabtheilungen nennen; zwei Kompagnien mit zusammen 105 Mann sind doch nimmermehr Bataillone. Will man nur dem 13. Hauptmann eine Stellung geben, wo er Majorsgehalt bezieht? Auch bei dieser Frage der 4. Bataillone sind wesentliche Beschränkungen möglich. Was die Kavallerie angeht, so glaube ich, daß wir in Provinzen, wo man an gute Pferdehaltung nicht gewöhnt ist, bei dem Vergeben der Pferde ein sehr fragwürdiges Kriegsmaterial bekommen. Auf die Einzelheiten bezüglich der Artillerie, der Pioniere, der Eisenbahntruppen und des Trains werden wir uns den vollgepackten Tornister aufpacken lassen, um zu sehen, was unbedingt nothwendig ist und was zurückgestellt werden kann. Die Militärverwaltung will doch schaffen die Einstellung aller Wehrfähigen. Wir finden aber einen großen Platz schon dadurch, daß die zweijährige Dienstzeit eingeführt wird. Mit dieser Einführung ist die zweite Windthorst'sche Resolution in vollem Umfange erfüllt. Die zweijährige Dienstzeit ist ein Lieblingsgedanke großer Schichten des Volkes. Dem wirthschaftlichen Standpunkte aus ist damit ein erhebliches Entgegenkommen erfolgt. Die Sicherheit der Entlassung nach zwei Jahren ist ein großer Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustande. Sicherlich erfordert aber auch die zweijährige Dienstzeit erhebliche Mehrausgaben, wenn die Ausbildung und Tüchtigkeit der Armee nicht leiden soll. Das Ausbildungspersonal wird auch so angespannt werden, daß wir wohl auch den Pensionsfonds erheblich belasten werden. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Alles dies müssen wir uns vergegenwärtigen, aber im Großen und Ganzen wird die zweijährige Dienstzeit als eine wirthschaftliche Erleichterung in der Bevölkerung begrüßt werden. Was nun den Vorschlag angeht, die Friedenspräsenzstärke als Durchschnittsziffer zu normiren, so ist es unbedingt richtig, daß dies gegenüber dem bisherigen Zustande eine finanzielle Mehrbelastung bedeutet, und zwar deshalb, weil die bisherigen Manquements vollständig wegfallen müßten. Ich möchte aber die Frage heute noch nicht zum Austrag bringen, ob wir diese Bestimmungen bewilligen oder nicht. Der Vorschlag, die Bewilligung auf 5 Jahre zu machen, bedeutet gegenüber den 7 Jahren allerdings ein Entgegenkommen, aber wir haben damals den Wunsch ausgesprochen, die gesammten Militärforderungen einfach durch den Etat jährlich feststellen zu lassen. Grundsätzlich ist das auch heute noch der richtige Standpunkt, obwohl ich sogar Zweifel hege, ob wir finanziell dabei ein Geschäft machen würden. Dazu kommt, daß wir mit dem letzten Septennat doch ganz eigene Erfahrungen gemacht haben. (Zustimmung links und im Centrum.) Redner weist zur Begründung dieses Satzes auf die großen Neubewilligungen hin, die noch während des Septennats im Reichstag verlangt wurden. Wenn man während der 7 Jahre erfahren hat, daß man nicht in der Lage ist, an der ursprünglichen Bewilligung festzuhalten, dann sollte man auch nicht wieder von Neuem darauf dringen, wieder auf längere Perioden etwas festzulegen. Bei den weiteren Berathungen würde es sich um die Frage handeln, weshalb denn die verbündeten Regierungen diese großen Mannschaftseinstellungen nun gerade jetzt auf einmal mit einem Schlage zu machen für nöthig gehalten. Die verbündeten Regierungen werden aus meinen Ausführungen ersehen, daß ihre Vorschläge allerdings auf Widerspruch stoßen, und daß wir sehr streng in der Prüfung der Vorlage nach jeder Richtung hin sein werden. Aber die Thronrede sprach ja von Verständigung. Auch wir haben den Wunsch, uns mit den verbündeten Regierungen zu verständigen, und wir glauben, daß wir uns verständigen können und verständigen sollen. Wenn auch von der einen Seite mehr die Wehrhaftigkeit betont wird, von der andern Seite naturgemäß mehr die wirthschaftliche Bedeutung der Vorlage hervortreten muß, so vereinigen wir uns doch in dem einen Streben, das zu thun, was für das wirthschaftliche Gedeihen auf der einen Seite, für die Wehrhaftigkeit, für die Sicherheit des Vaterlandes auf der andern Seite nöthig ist, und ich denke, auf diesem Boden werden wir eine Verständigung suchen und werden sie finden. (Bravo im Centrum.)

Abg. Richter erklärte, der Grundgedanke des Centrums, daß es auch bei Gewährung der zweijährigen Dienstzeit nicht geneigt sei, über die jetzige Friedenspräsenzstärke erheblich hinauszugehen, nähere sich dem Standpunkt der freisinnigen Partei, so daß eine Verständigung auf dieser Grundlage wohl möglich wäre. Der Redner machte dann durch einige mehr persönliche Bemerkungen gegen den Reichskanzler und den Abg. Frege und führte dann aus, es sei ja klar, daß mehr Soldaten besser seien als wenige, aber es komme es darauf an, was vom bürgerlichen wirthschaftlichen Gesichtspunkt aus möglich sei. Gerade bei dieser Vorlage hätte der Reichskanzler nicht so sehr den Werth des Urtheils der Fachleute hervorheben sollen. Die Anerkennung der Zulässigkeit der zweijährigen Dienstzeit sei ein Triumph des Laienverstandes über militärische Autoritäten. (Zustimmung links.) Was jetzt vom Regierungstische für die zweijährige Dienstzeit angeführt werde, könnte auch aus seinen A-B-C-Büchern abgesehen sein. (Heiterkeit.) Redner vertheidigte dann noch die Fortschrittspartei gegen den Vorwurf, die Wehrkraft nicht genügend geachtet zu haben, und suchte weiter nachzuweisen, daß die Vorlage nicht ganz etwas Neues sei, keineswegs aber an die bisherige Entwickelung anknüpfe. Im Prinzip decke sie sich ganz mit den bedauerten Plänen Verdy's. Nicht einmal die zweijährige Dienstzeit bedeute eine erhebliche Abweichung davon. Wäre man damals darauf eingegangen, so hätte die erste Etappe ihrer Verwirklichung noch nicht einmal solche Ansprüche an das Volk gestellt, wie die jetzige Vorlage. Nach seiner Meinung sollten die neuen Kadres nur die Grundlage für neue Verstärkungen bilden. Wolle man jetzt nur 60,000 Militärfähige mehr ausbilden, obwohl 100,000 vorhanden sein sollten, so würde man nächstens auch die 40,000 verlangen. Das Ausbildungspersonal würde sich nicht finden. Was solle aus den zahlreichen verabschiedeten Unteroffizieren und Offizieren werden? Die Ansprüche an den Pensionsfonds allein würden um 6—8 Millionen steigen. Die noch gar nicht in Rechnung gestellten Ausgaben zur Unterbringung der Soldaten u. s. w. würden 200 Millionen ausmachen. Der Redner führt aus, daß die gesammte persönliche Belastung die persönliche Entlastung um das Dreifache übersteige. Dazu komme noch die Uebungslast, die in das gewerbliche Leben sehr störend eingreifen werde, namentlich auf dem platten Lande den Arbeitermangel vergrößern werde. Die Freisinnigen seien bereit, innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke die zweijährige Dienstzeit zur Grundlage zu nehmen, aber nur, wenn dieselbe gesetzlich festgelegt und die Organisation auf Kosten der Liebesgabe der Brenner vorgenommen werde. Das sei gewiß, daß fortan keine Regierung mehr stark genug sein werde, um die zweijährige Dienstzeit aufzuhalten oder mit solchen Bedingungen zu verknüpfen, die mit ihr selbst nichts zu thun hätten. (Beifall links.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi erkannte an, daß Richter es als Militärstatistiker zu einem ziemlich hohen Grade gebracht habe, aber soldatisch gebildet sei er darum doch noch nicht, weil ihm die innere Kenntniß von dem, was eine Truppe ausmache, fehle. (Zustimmung rechts.) Er (Redner) sei von der Nothwendigkeit der Vorlage für die Fortexistenz Deutschlands so überzeugt, daß, wenn der gesammte Reichstag das nicht geringe Maß seiner Verantwortlichkeit ihm auf die Schultern legen wollte, er bereit wäre, die Verantwortung allein zu tragen und für die Vorlage einzustehen. (Bravo rechts.) Sich für die zweijährige Dienstzeit zu begeistern, sei kein Kunststück; das Kunststück sei, die Kompensationen zu finden. Diese seien der wesentlichste Theil und die Vermehrung der Friedenspräsenzstärke sei der springende Punkt für die Militärverwaltung. Herr v. Huene habe gemeint, er habe aus dem Tornister allerlei ausgepackt, aber es würde noch wohl etwas drin sein. Allerdings habe er hie und da eine Schmierbürste ausgepackt, aber die Patronen drin gelassen, und die mußten auch drinbleiben. Alle Einzelheiten behalte er sich für die Kommissionsberathung vor. (Schwaches Bravo rechts.)

Abg. Frhr. v. Manteuffel betont, daß der wirthschaftliche Niedergang die Pflicht auferlege, mit der größten Zurückhaltung an die Prüfung der Vorlage heranzutreten. Er wolle abwarten, ob man ihn in der Kommission von der Nothwendigkeit der Heeresverstärkung überzeugen werde. Für die dreijährige Dienstzeit habe seine Partei ein Menschenalter hindurch gekämpft. Abgesehen von anderen Bedenken möge man den Antrieb nicht unterschätzen, der jetzt in der Einrichtung des Dispositionsurlaubs gegeben sei. Werde seiner Partei nachgewiesen, daß die Vermehrung der Armee eine zwingende Nothwendigkeit sei, und daß bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit die Ausbildung nicht leiden werde, so wolle sie ihre Bedenken fallen lassen. Die Aufbringung der Kosten angehend, sei seine Partei mit der Börsen- und Biersteuer einverstanden. Eine Erhöhung der Branntweinsteuer hätte sie aber lieber nicht gesehen. Redner ging dann auf die landwirthschaftlichen Wünsche näher ein, kam dabei auch auf die Handelsverträge und das Unterstützungs-Wohnsitzgesetz zu sprechen, wobei er von dem Präsidenten wiederholt zur Sache gerufen wurde.

Abg. Dr. v. Komierowski (Pole) erklärte die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt für unannehmbar, namentlich aus wirthschaftlichen Gründen. Mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit sei seine Partei einverstanden. Bezüglich der Kosten theile er den Standpunkt Manteuffel's, verbreitete sich über die wirthschaftliche Lage im Osten und schloß mit dem Worte: suum cuique — möge auch den Polen ihr Recht werden.

Die Weiterberathung wurde sodann auf **Montag 12 Uhr** vertagt. Vorher kommen noch die **Interpellation Buhl wegen der Brauchbarkeit der Infanteriegewehre und die Interpellation Mirbach wegen der Brüsseler Konferenz** zur Verhandlung.

Baden.

Karlsruhe, 10. Dez. Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag verschiedene Vorträge entgegen und ertheilte dann einer Abordnung der Kreisausschüsse des Landes Audienz. Die Abordnung, welche Seiner Königlichen Hoheit die nunmehr fertiggestellte Glückwunschadresse aus Anlaß des 40jährigen Regierungsjubiläums überreichte, bestand aus nachbenannten Personen: dem Hofapotheker Kirsner in Donaueschingen, dem Bürgermeister Lenz in Waldshut, dem Rentner Kübler in Freiburg, dem Rentner Belzer in Baden, dem Stadtrath Boeckh in Karlsruhe und dem Dr. W. Blum in Heidelberg. Später ertheilte der Großherzog dem Kaiserlich Königlich Oesterreichischen Kämmerer und Oberstlieutenant Grafen von Rüdt-Collenberg eine Privataudienz. Nachmittags besuchten die Großherzoglichen Herrschaften mit Ihrer Königlichen Hoheit der Kronprinzessin von Schweden und Norwegen mehrere Verkaufslokale. Darnach nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog den Vortrag des Legationsraths Dr. Frhrn. v. Babo entgegen.

⊙ **Von der Neckarmündung**, 11. Dez. Zum Fall Kohlhepp kann ich Ihnen mittheilen, daß genanntem Herrn ein Gehalt von 5000 Mark nebst Dienstwohnung angeboten war (seine gleichaltrigen Kollegen haben höchstens 2400). Als Kreisschulrath ihn so hoch zu bezahlen, wäre nach dem Beamtengesetz allerdings nicht möglich, doch sollte er wie sein Vorgänger das Amt eines städtischen Rektors als Nebenamt bekleiden und das Honorar dafür (bisher 1200 Mark) entsprechend erhöht werden. Herrn K. übrigens aus der ganzen Sache einen Vorwurf zu machen, wäre ungerecht; seine Kandidatur wurde in erster Linie von einem seiner Verwandten, einem bekannten Nationalliberalen, betrieben. Mit freudigem Herzen hätte dieser Herr die Ernennung Kohlhepps zum Kreisschulrath und seine demnächstige Beförderung zum Oberschulrath begrüßt. Letztere Behörde scheint übrigens so eine Art Verjüngung nur in den höheren Lehrstellen, nicht in ihren eigenen Reihen, erstreben zu wollen, sonst wären Erscheinungen wie das oben genannte Projekt, oder die Besetzung der Konstanzer Kreisschulrathsstelle oder der Umstand, daß man bei der letzten Griechenlandreise unsern tüchtigsten Kenner der griechischen Literatur zu Gunsten jüngerer Herren überging, nicht zu erklären.

△ **Vom Rheine**, 10. Dez. Was das offene Sendschreiben an die Lehrer Deutschlands" angeht, so ist es eigentlich kaum der Mühe werth, sich damit zu beschäftigen. Höchstens könnte man sagen, daß damit den Herren Professoren der Gymnasien ein schlechtes Zeugniß ausgestellt werden, weil sie so dumme Studenten entlassen, die z. B. nicht einmal einen periodischen Decimalbruch in einen gemeinen verwandeln können. Doch dem Sendschreibenmacher und den Herren Professoren zum Troste erklärt einer von den dummen Pfaffen, daß er bereit ist, es z. B. in der Rechenkunst mit sämmtlichen Lehrern Badens (die Herren Kreisschulräthe dürfen zuziehen) aufzunehmen. Wir lassen uns ein auf Potenziren, Radiciren und Logarithmen, den Stadt-Volksschullehrern auch noch auf ein wenig Differential und Integral! Ein [illegible] und sogar — vom Hotzenwald.

Personalnachrichten.

Ministerium des Innern.

[illegible] Ansuchen wurde entlassen: Mathias [illegible], Schutzmann beim Amt Karlsruhe.

Mit dem Dienst eines Schutzmanns wurde betraut: Johann Gegenwarth von Waldenhausen und Kaspar Jorg von Espasingen beim Amt Karlsruhe.

Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

Enthoben wurde seines Dienstes: Otto Heinrich Heinsheimer, Rechtspraktikant im Sekretariat des großh. Oberlandesgerichts, wegen anderweiter Verwendung. Wilhelm Simon, Rechtspraktikant, als Aktuar bei großh. Amtsgericht Konstanz auf Ansuchen.

Etatmäßig angestellt wurde: Ferdinand Hauck, Aktuar z. Z. bei großh. Amtsgericht Gengenbach, bei großh. Staatsanwaltschaft Waldshut.

Versetzt wurde: Georg Lebkuchen, Aktuar beim Amtsgericht Schwetzingen, zum Amtsgericht Eberbach. Karl Freund, Aktuar in der Kanzlei des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, zum Amtsgericht Schwetzingen. Hermann Günther, Aktuar beim Amtsgericht Oberkirch, in die Kanzlei des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts. Karl Heft, Aktuar beim Amtsgericht Eberbach, zum Amtsgericht Oberkirch. Eugen Blum, Kanzleiassistent bei großh. Staatsanwaltschaft Waldshut, als Aktuar zum Amtsgericht Konstanz. Reinhard Wolpert, Aktuar bei großh. Staatsanwaltschaft Konstanz, zum Amtsgericht Gengenbach.

Zugewiesen wurden: Oskar Schäfer, Rechtspraktikant, dem Sekretariat des großh. Oberlandesgerichts. Theodor Emig, Aktuar, der großh. Staatsanwaltschaft Konstanz.

Gestorben: Johann Rückler, Aktuar beim Amtsgericht Ueberlingen. Wilhelm Eiermann, Aktuar beim Amtsgericht Oberkirch.

Großh. badische Staatseisenbahnen.

Ernannt zum Bahnexpeditor 1. Klasse: Theodor Ziegenhain, Stationsassistent in Muggensturm.

Großh. Steuerverwaltung.

Uebertragen: Konstantin Reinkunz, Steuerkommissär bei der Katasterkontrole, der Dienst des großh. Steuerkommissärs für den Bezirk Engen mit dem Wohnsitz in Engen.

Unter die Zahl der Finanzgehilfen wurden aufgenommen: Eduard Kunz von Brandenburg, z. Z. in Rastatt.

In der Liste der Finanzgehilfen wurde auf Ansuchen gestrichen: Rupert Gerger von Geisingen.

Versetzt wurden: Adolf Geiger, Steueraufseher in Birkendorf, nach Neudenau anstatt nach Markdorf. Josef Maier, Steueraufseher in Neudenau, nach Freiburg. Daniel Maier, Steueraufseher in Freiburg, nach Birkendorf.

Zurückgenommen: Die Versetzung des Steueraufsehers Sales Felder in Markdorf nach Birkendorf.

Großherzogliche Zollverwaltung.

Ernannt: Friedrich Dörr, Schiffsbegleiter in Mannheim, zum Schiffsbegleiter daselbst.

Versetzt: Josef Weber, Grenzaufseher, mit der Versehung der Stelle eines Revisionsaufsehers in Säckingen betraut, in gleicher Eigenschaft nach Mannheim. Valentin Harder, Grenzaufseher in Basel, nach Säckingen und mit Versehung der Stelle eines Revisionsaufsehers betraut.

Großh. Gendarmeriekorps.

Versetzt wurden: Otto Weichner, Gendarm, von Donaueschingen nach Blumenfeld. Albert Ritzi, Gendarm, von Konstanz nach Donaueschingen.

Schulwesen.

A. Mittelschulen.

1. Versetzungen:

Friedrich Förster, Lehramtspraktikant und Volontär am Realgymnasium in Mannheim, als etatmäßiger Praktikant an die Höhere Bürgerschule in Schopfheim. Otto Steinert, Lehramtspraktikant, zur Stellvertretung an das Realgymnasium in Karlsruhe.

2. Gestorben:

Dr. Rudolf Bresin, Professor und Vorstand der Höheren Bürgerschule in Schopfheim.

B. Volksschulen.

Versetzungen und Ernennungen:

Johann Goll, Schulkandidat, als Unterlehrer nach Egringen. Konrad Kern, Schulkandidat, als Hilfslehrer nach Schweigern. Friedrich Knobloch, Unterlehrer in Mannheim, wird Hauptlehrer in Weinheim. Katharina Saam, Unterlehrerin in Mannheim, wird Hauptlehrerin daselbst. Frieda Seybel, Schulkandidatin, als Hilfslehrerin nach Freiburg. Mathias Winzer, Unterlehrer in Mannheim, wird Hauptlehrer daselbst. Anton Josef Winter, Unterlehrer in Waldwimmersbach, als Hilfslehrer nach Bühl, A. Offenburg.

Kleine badische Chronik.

Tauberbischofsheim, 8. Nov. Gestern Abend wurde im benachbarten Distelhausen der Altbürgermeister M. verhaftet und in das hiesige Amtsgefängniß gebracht. M. verwaltete mehrere Stiftungen und Mündelgelder und sollen davon über 3000 M. fehlen. Es darf wohl angenommen werden, daß er guten Freunden aus der Noth half und dadurch in diese Angelegenheit kam. — Der Winter hat sich eingestellt. Berg und Thal sind in das Leichentuch eingehüllt. Die Kälte ist bis jetzt noch nicht groß; jedoch sind einige Stellen der Tauber so fest gefroren, daß Kinder Schlittschuh darauf laufen.

Rastatt, 8. Dez. Die kürzlich in Gernsbach stattgehabte Generalversammlung der Murgthaleisenbahngesellschaft hat den Beschluß gefaßt, die Eisenbahn von Gernsbach bis Weisenbach definitiv zu bauen. Der Vertragsentwurf mit einem württembergischen Bauunternehmer ist sogleich genehmigt worden, nachdem die Beschaffung der nöthigen Geldmittel gesichert war. Die Generalversammlung genehmigte eine halbjährliche Dividende von zwei Prozent. — Die Absteckung der neuen Straße nach Hilpertsau auf dem rechten Murgufer längs der künftigen Bahn ist bereits erfolgt, so daß mit der Ausführung im Frühjahr begonnen werden kann.

Rastatt, 8. Dez. Unsere Stadtkirche hat heute einen weiteren Schmuck erhalten, ein wahres Kunstwerk, nämlich eine Fahne des Jungfrauen-Vereins hier, gestickt von den Ehrwürdigen Frauen des Klosters in Lichtenthal. Heute Morgen wurde dieselbe in der Bernharduskirche geweiht. Möchten doch alle Gegner der Klöster solche Werke der Geschicklichkeit und des Fleißes sehen; sie müßten dieselben bewundern. Ja, wenn wir noch in unserem aufgeklärten Zeitalter Männerklöster hätten, so würden auch, wie in Frauenklöstern, Musik, Malerei, Dichtkunst, Holzschnitzerei rc. blühen, wie im „finstern" Mittelalter. Doch was verstehen denn unsere Gegner von den Klöstern; noch weniger als von spanischen Dörfern!

☐ **Ueberlingen**, 9. Dez. Der Bahnhof der Bahn Stockach-Ueberlingen, die in ihren Vorarbeiten schon ziemlich vorgeschritten ist, kommt nach den bisherigen Wahrnehmungen in die Grundgärten bei den städtischen Badeanstalten, wie ich es Ihnen schon einmal berichtet habe. Damals hat aber der „Seebote" die Richtigkeit noch nicht zugegeben, jetzt schreibt er selbst, daß die Vermessungen und das Abstecken des Terrains dort ihren Abschluß finden. ☐

Lokales.

Karlsruhe, 12. Dezember.

* **Die gestrige außerordentliche Generalversammlung des Katholischen Arbeitervereins** war zahlreich besucht und die Besprechung des zur Berathung gestellten Gegenstandes, „Beschaffung einer Theaterbühne", zeigte eine erfreuliche Einmüthigkeit. Der Antrag des Ausschusses, eine solche Bühne auf Vereinskosten anzuschaffen, fand nach einer kurzen Begründung des Vorstandes und nach Befürwortung mehrerer Mitglieder einstimmige Annahme. Nach einigen weiteren geschäftlichen Mittheilungen hielt der hochw. Herr Präses einen sehr lehrreichen Vortrag über die Bedeutung der Advents- und Weihnachtszeit für die Arbeiter. Der Gesangchor, der am Nachmittag die Generalversammlung des Männer-Vincentiusvereins durch mehrere unter Leitung seines Dirigenten, Herrn Kaeser, vorgetragene Lieder verherrlicht hatte, sorgte auch hier durch verschiedene Liedervorträge für eine angenehme Unterhaltung.

Sehm. **Mittheilungen aus der Stadtrathssitzung** vom 9. Dezember. Zu Beginn der Sitzung gedenkt der Vorsitzende des verstorbenen Mitgliedes Dr. Spemann unter Hervorhebung der vielfachen Verdienste desselben um die Stadt. Zum ehrenden Andenken an den Dahingeschiedenen erhoben sich die Mitglieder des Stadtraths von den Sitzen. — Der Vorsitzende des Armenrathes theilt mit, daß der verstorbene Oberst a. D. von Chelius dem Armenrath zur Verwendung für die hiesigen Armen die Summe von 1000 M. testamentarisch vermacht habe. Es wird beschlossen für diese dankenswerthe Zuwendung die Staatsgenehmigung einzuholen. — Der von großh. Bezirksamt mitgetheilte Entwurf einer ortspolizeilichen Vorschrift über die Sicherung der öffentlichen Gesundheit und Reinlichkeit wird nach Berathung durch eine Kommission in der beantragten Fassung gutgeheißen und großh. Bezirksamt vorgelegt. — Die zur Berathung gestellten Voranschlagsentwürfe: des Schlacht- und Viehhofs, der Armenkasse, des Wohlthätigkeitsfonds, der Hypothekenbank und der Spar- und Pfandleihkasse für das Jahr 1893 werden gutgeheißen. — Der beim Abbruch des Erheberhäuschens am Durlacherthor entfernte öffentliche Brunnen soll wieder zur Aufstellung kommen. — Zur Errichtung einer weiteren Polizeistation im Westen der Stadt und zwar Ecke der Göthe- und Scheffelstraße, sollen die erforderlichen Mittel im 1893er Voranschlag vorgesehen werden. — Ein mit Metzgermeister Louis Bull abgeschlossener Vertrag über die käufliche Abtretung eines der Stadt gehörigen Geländestücks wird dem Bürgerausschuß mit Antrag auf Genehmigung vorgelegt. — Dem badischen Frauenverein wird zur Deckung der Kosten der Abendkochkurse für Arbeiterfrauen ein Beitrag von jährlich 200 M. bewilligt. — Beim Bürgerausschuß soll beantragt werden, daß sieben Beamte, welche 10 Jahre im städtischen Dienst sich befinden, mit Ruhegehaltsberechtigung und mit dem Recht auf Hinterbliebenenversorgung angestellt werden. — Ein Gesuch des Herrn Karl Betz um Genehmigung zur Anlage elektrischer Leitungen von seinem Anwesen über die Straße wird abgelehnt. Bei großh. Bezirksamt soll das Ersuchen gestellt werden, den Eigenthümern der Grundstücke in der Gartenstraße Nr. 8a und 8 und 10 die ordnungsmäßige Instandsetzung der nach der Straße gehenden Abschlußmauern aufzugeben. — Zum Ankauf von einem paar Pferde für das städtische Gaswerk wird die Genehmigung ertheilt. — Herr Rentner Wunder kann aus Gesundheitsrücksichten das Amt als Mitglied der Stadtgartenkommission nicht beibehalten. Es wird beschlossen an dessen Stelle Herrn Stadtverordneter Kölle zum Mitglied der Stadtgartenkommission zu ernennen. — An Stelle des verstorbenen Stadtrathes Dr. Spemann wird Herr Stadtrath Händel zum Mitglied der Schulkommission ernannt. — Bei den Bahnübergängen der Rüppurrer-, der Ettlinger-Straße und der Kaiserallee hat sich die Herstellung gepflasterter Wegübergänge von einer Seite der Straße auf die andere als Bedürfniß erwiesen. Hierwegen soll Ersuchen an die großh. Wasser- und Straßenbauinspektion gerichtet werden. — Für Anbringung zweier Uhrzifferblätter am Thurm der evangelischen Kirche im Bahnhofstadttheil sollen die benöthigten Mittel im Gemeindevoranschlag vorgesehen werden. — Den beim Bau eines Kühlhauses beschäftigten Maurern und Zimmerleuten wird nach erfolgtem Aufschlagen des Dachstuhles an Stelle des üblichen sog. Richtschmauses ein Geldgeschenk bewilligt. — An den Erweiterungsbauten des Gaswerkes II und des Wasserwerks werden folgende Arbeiten vergeben und zwar: Herstellung eines Cementrohrkanals an die Firma Martenstein und Josseaux; Steinlieferung für den Brunnen der Hilfspumpstation an A. Graf; Schlosserarbeit an F. Rettenmaier; Glaserarbeit an F. Ketterer. — Die Lieferung von 1000 Stück Piassavabesen und Piassavawalzen zu den Straßenkehrmaschinen wird dem Bürstenfabrikanten Emil Vogel übertragen. — Im städtischen Krankenhaus belief sich im Monat November d. J. der höchste Krankenbestand auf 179 und der niederste auf 151 Personen.

Neueste Nachrichten.

Paris, 12. Dez. Der „Libre parole" zufolge hätte sich Baron Reinach mit Aconit vergiftet, was die Aerzte bereits festgestellt hätten.

Madrid, 12. Dez. Das neue Kabinet ist nunmehr gebildet und wie folgt zusammengesetzt: Sagasta, Präsidium; Armijo, Auswärtiges; Montero, Justiz; Lopez Dominguez, Krieg; Gamazo, Finanzen; Venancio y Gonzalez, Inneres; Moret, öffentliche Arbeiten; Maura, Kolonien. Ueber die Besetzung des Marineministeriums ist noch keine Bestimmung getroffen.

Briefkasten.

Wegen zu großen Stoffandranges mußten heute mehrere Artikel zurückgestellt werden. Die Redaktion.

Verloosungen.

Oesterreichische 100 fl.-Loose vom Jahre 1864. Ziehung am 1. Dez. 1892. Auszahlung am 1. März 1893. Außer den bereits mitgetheilten Hauptpreisen wurden noch folgende Nummern mit je 400 fl. gezogen: Serie 16 Nr. 42, 49, 61, 89, S. 119 Nr. 24, 62, S. 120 Nr. 76, S. 231 Nr. 68, S. 281 Nr. 77, 88, S. 375 Nr. 45, 51, S. 722 Nr. 7, 10, S. 774 Nr. 68, 77, S. 1517 Nr. 28, 76, 79, S. 1228 Nr. 44, 89, 90, S. 1419 Nr. 21, 29, S. 1805 Nr. 44, S. 1929 Nr. 43, 64, S. 1941 Nr. 57, 63, S. 2292 Nr. 61, 77, S. 2651 Nr. 37, S. 3067 Nr. 70, S. 3089 Nr. 39, S. 3709 Nr. 43, 91, S. 3726 Nr. 26, 90, S. 3734 Nr. 19, 63. (Ohne Gewähr.)

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheschließungen: 10. Dez. Jakob Raab von Hilsbach, Bahnhofarbeiter hier, mit Katharina Wässerer von Gondelsheim. — Adam Häfele von Gondelsheim, Landwirth in Gondelsheim, mit Marie Ehrenfeuchter von Kleinvillars. — Johann Winkler von Poharnitz, Müller in Lienz, mit Auguste Fuchs von Bruchsal. — Friedrich Storch von Belzig, Weißgerber hier, mit Karoline Mangold von hier. — Adolf Hirth von Gaggenau, Architekt hier, mit Sekunda Wittmann von hier. — Wilhelm Strübel von Zuffenhausen, Bahnarbeiter hier, mit Sofie Gros von Teutschneureuth. — Bruno von Böhmer von Potsdam, Ingenieur hier, mit Karolina Fischer von Germersheim. — Philipp Fickeisen von Uffingen, Sergeant hier, mit Cerstine Haug von Frickenhausen. — Fridolin Rothstein von Niederrimsingen, Kommis hier, mit Margaretha Freihofer von Salmbach. — Hermann Gerweck von Philippsburg, Bäcker hier, mit Gertrudis Marsch von Gaggenau.

Todesfälle: 9. Dez. Paula Hedwig, alt 6 Monate 24 Tage, Vater Lorenz Engel, Handelsmann.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Hierdurch machen wir bekannt, dass wir in unserem **Stahlpanzergewölbe verschliessbare Abtheilungen vermiethen,** welche unter **Selbstverschluss des Miethers** bleiben.

Der Zutritt zu dem Panzergewölbe steht dem Miether während der Geschäftsstunden jederzeit frei. Zudem haben wir Vorsorge getroffen, dass die erforderlichen Arbeiten an den hinterlegten Werthpapieren von den Miethern in einem abgesonderten Raume neben dem Stahlpanzergewölbe vorgenommen werden können.

Ferner übernehmen wir unter **voller Haftbarkeit nach den Bestimmungen des Gesetzes**

die Aufbewahrung von Werthpapieren in geschlossenem Zustande

die Aufbewahrung und **Verwaltung** von Werthpapieren in offenem Zustande,

besorgen die Abtrennung und Einziehung der fälligen Zins- und Dividendenscheine, die Kontrole über Auslosung, Kündigung, Konvertirung u. s. w.

Die bei uns hinterlegten Werthpapiere werden in unserem **feuerfesten, mit Stahlpanzerplatten versehenen Gewölbe** aufbewahrt,

Straus & Co.,
Karlsruhe, Zähringerstrasse 84.

Festgeschenk für Jugend und Volk.

In der Herder'schen Verlagshandlung zu Freiburg i. B. ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Stolz, Alban, Das Heilige Land. Illustrirter Auszug aus dem „Besuch bei Sem, Cham und Japhet". gr. 8°. (VIII u. 190 S.) Geb. in Leinwand mit Deckenpressung und Rothschnitt M. 3.40. 2.1

„Mit reicher Illustration von mehr als fünfzig vortrefflichen Holzschnitten ist hier dem katholischen Volke und besonders der katholischen Jugend eine Veranschaulichung des Heiligen Landes geboten, welcher nichts Aehnliches im gleichem Umfange zur Seite steht. Diese Frömmigkeit, geschickte Anordnung, plastische Darstellung und nicht am wenigsten der liebenswürdige Humor des verstorbenen Freiburger Philosophen empfehlen das originelle Buch allen Kreisen des Volkes."
(Köln. Volkszeitung. 1891. Nr. 181.)

Freiburg im Breisgau. **Literarische Anstalt**
und deren **Agentur** in **Karlsruhe,** Herrenstraße 34.

Herder'sche Verlagshandlung, Freiburg im Breisgau.

Soeben ist erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Kellner, Dr. L., **Lebensblätter.** Erinnerungen aus der Schulwelt. Mit dem Bilde des Verfassers. Zweite, ergänzte Auflage. 8°. (XII u. 618 S.) M. 4; geb. in Leinwand mit Goldtitel und Goldschnitt an der obern Schnittfläche M. 5.20. 2.2

Um dem Wunsche des sel. Herrn Verfassers zu genügen und die weiteste Verbreitung dieses Werkes namentlich in Lehrerkreisen zu ermöglichen, ist für die zweite Auflage trotz Umfangsvermehrung ein noch billigerer Preis gesetzt worden.

Freiburg im Breisgau **Literarische Anstalt**
und deren **Agentur** in **Karlsruhe,** Herrenstraße 34.

Neuer Verlag der Jos. Kösel'schen Buchhandlung in Kempten.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes, in Freiburg durch die Literarische Anstalt und in Karlsruhe durch deren Agentur, Herrenstr. 34

Zeile, Ant., **Der rothe Hahn auf Burg Marstetten.** Socialgeschichtliche Novelle aus dem Bauernkriege. 8. Preis broch. 90 Pf., in Halbleinwand gebd. M. 1.10, in Ganzleinwand gebd. M. 1.40.

Diese spannende und mit lebhaftem Colorit gezeichnete interessante Erzählung aus dem Bauernkriege bildet zugleich das 2. Bändchen unserer „Kathol. Jugendbibliothek". Das erste Bändchen enthält:

Koneberg, P. H., **Das Wiedersehen im Felde.** 2. Aufl. 8. Preis broch. M. 1.—, in Halbleinwd. gebd. M. 1.20 in Ganzleinwd. gebd. M. 1.50.

Kathol. Dilettantenbühne. 23. Heft: Treß, G., **Das Gebet der Mutter.** Weihnachtsstück in 3 Aufzügen. 8. Preis broch. 45 Pf. 9 Ex. M. 3.60.

Ein vollständiges Inhaltsverzeichniß unserer beliebten Dilettantenbühne sowie Auswahlsendung steht überallhin durch jede Buchhandlung sowie direkt von der Verlagshandlung zur Verfügung.

Photographie Atelier Rumbler,
Karl-Friedrichstrasse 32, I. Stock, neben Hôtel Germania.

Aufnahmen in jeder Grösse,
bei garantirt bester Ausführung mässige Preise.

Zurückgesetzte **Portièren, Gardinen,** Tischdecken, Bett- und Sopha-Vorlagen, Steppdecken, Läufer- und Teppich-Reste, Sophakissen, Schlummerpuffs, Servietten, Tischtücher, Tafeltücher, Theedecken, Serviettchen, Zimmer- und Küchenhandtücher werden **bedeutend unter Preis** abgegeben.

Heinrich Cramer,
Kaiserstrasse 189.

Handgeknüpfte Smyrna-Vorlagen, 65 cm breit, 1,33 cm lang, **10 M.**

Handgeknüpfte Smyrna-Sopha-Vorlagen, per Quadratmeter **15 M.**

I. Karlsruher Hut-Bazar,
Josef Goldfarb,
32 Kriegstraße 32, gegenüber dem Hauptbahnhof,
neben Hotel National und Bahnhof-Hotel.

Herren-Filzhüte,
das Neueste,

in allen Farben und Formen, größte Auswahl,

jeder Hut **2.50 Mk.** jeder Hut.

Knaben-Hüte 1.50 bis 2 Mk. die feinsten.

Sonnen- und Regenschirme von 2.50 Mk. bis zu den feinsten.

Feste Preise.! Reelle Bedienung.

Grösstes
Special-Geschäft
der
Corset-Branche.
Anerkannt unübertroffene Façons.

Weihnachts-Ausverkauf
der
Pariser Corset-Fabrik,
Firma: A. Lucas,
Kaiserstraße 161, Eingang Ritterstraße.

Auch dieses Jahr biete dem verehrlichen Publikum Gelegenheit, ein praktisches

Weihnachts-Geschenk

billig kaufen zu können und kommen von heute an **wegen Umzug unter Herstellungspreis** zum Verkauf:

600 Stück **beste, dauerhafte Uhrfeder-Corsets,** gutsitzende, neue Façons, früherer Preis Mk. 5.50, jetzt nur Mark **3.—** das Stück.

800 Stück **elegante, moderne Fischbein-Corsets,** in verschiedenen Farben und Schnitten, **alle Weiten,** früherer Preis 6 Mk., jetzt nur Mk. **3.50** das Stück.

Auf sämmtliche übrige Sorten meines nach vielen Tausenden zählenden Lagers ist ebenfalls eine **bedeutende Preisermäßigung** eingetreten und somit die denkbar günstigste Kaufsgelegenheit geboten.

Billigste Preise. Umtausch nach Weihnachten gestattet. Versandt nach auswärts prompt.

Vom 23. Januar ab befindet sich das Geschäft **Kaiserstraße 173,** zwischen Ritter- und Herrenstraße.

Versteigerung ital. Weine.
Donnerstag, 15. Dezember, Nachmittags 2 Uhr,
versteigere ich wegen Platzmangel **in Großherzogl. Zollhalle, Rüppurrerstraße 3** hier 2.1

10000 Ltr. feinen rothen Ital. Tischwein
(Bordeaux-Geschmack)
gegen baare Zahlung, event. auch gegen 3 Monate Ziel.

Der Beauftragte:
Gagel.

„Die beste Unterhaltungslektüre für den christlichen Familientisch"
ist die reich illustrirte und in ihrem Inhalte gediegenste Zeitschrift

Deutscher Hausschatz
Mit Extrabeilage:
„Für die Frauenwelt".
Von der gesammten katholischen Presse auf's Günstigste besprochen und empfohlen.
Erscheint von Oktober bis Oktober.
Preis pro Quartal 1 M. 80 Pf.
Heftausgabe 18 Hefte à 40 Pf.
Jedes Postamt und jede Buchhandlung nimmt Bestellungen entgegen.
Regensburg. Friedrich Pustet.

Heft 3 vom XIX. Jahrgang 1892 soeben erschienen.

Abonnements werden fortwährend entgegengenommen und prompt besorgt von der **Literarischen Anstalt** in **Freiburg** und deren **Agentur** in **Karlsruhe,** Herrenstraße 34.

S. Lämmle, Karlsruhe,
Kaiserstrasse 74, am Marktplatz,
Excelsior Normalhemden,
— absolut bestes Erzeugniß der Gegenwart. —
außerordentlich dauerhaft, warm, angenehm im Tragen, in der Wäsche nicht einlaufend.

Vorräthig in allen Größen und Halsweiten, sowohl vorne als auch auf den Schultern geschlossen.

Preis: per Stück Mk. 4.25, drei Stück Mk. 12.—.

Nur allein echt bei
S. Lämmle, Karlsruhe, Kaiserstrasse 74.
Bei Bestellungen ist nur Angabe des Brustumfanges und der Halsweite nöthig.

Größte Auswahl
seidener und baumwollener
Taschentücher
besten Fabrikats,
rein leinen, groß, per ½ Dutzend von M. 1.—.
Oscar Beier,
Kaiserstraße 141,
nächst dem Marktplatz.

Kassenschränke
in nur bester Qualität bei
Wilh. Weiss,
Karlsruhe,
Gebhrenstraße ... 24

Billigste
Mehl-Offerte.
Zu feinem Backwerk empfehle:
Kaiserauszug, das feinste aller Sorten 5 Pfd. M. 1.10,
hochf. **Blüthenmehl,** 5 Pfd. M. 1.—
Nr. 0 5 Pfd. M. —.90
vorzügl. **Kerngries,** 5 Pfd. M. 1.—
neue türk. Zwetschgen, sowie sämmtliche **Spezereiwaaren** empfiehlt billigst.
Gefällige Bestellungen werden franko zugesandt.

J. Dolland,
Adlerstraße 5.

Specialität in Herrenhemden. Größte Auswahl.

Shirting, Madapolam, Cretonne, Leinen, Kölsch, Bettuchleinen, Bettdecken, Betttücher, Barchent, Flanell, Piqué, Oxford-Shirting, Baumwollflanell, Schürzenzeug, Tischzeug, Handtücher.

Weisse Herrenhemden mit dreifachem Einsatz von Mk. ... etc. etc.

August Schulz,
24 Herrenstrasse 24
empfiehlt
sein gut sortirtes Lager in
Leinen- und Baumwollwaaren
und
Wäsche-Artikeln
für
Damen, Herren und Kinder.

Anfertigung nach Maass.

Kragen, Manschetten, Cravatten, Taschentücher, Unterhosen, Unterjacken, Socken, Normalwäsche, Nachthemden, Hemden-Einsätze, Hosenträger, Woll. Herrenwesten, Arbeitsblousen, Arbeitshemden.

Damenhemden mit Spitzen von 90 Pfennig an etc. etc.

Billigste Preise. Beste Waare. 10.3

Gefütterte
Glacé-Handschuhe
in schönster Auswahl
empfiehlt
C. A. Zeumer.
127 Kaiserstraße 127.

Gänseleber n
werden fortwährend angekauft, früher Kronenstraße 16, jetzt **Ecke der Zähringer- und Kreuzstraße 10,** im 2 Stock bei der kleinen Kirche.
Frau Eißele, Wittwe.

Feines Maschinenöl
empfiehlt 12.9
Karlsruher elektr. Beleuchtungs- und Telegraphenbau-Anstalt
Friedrich Reiff.

Gummi-Schuhe,
werden gut reparirt bei
F. Lippelt, Adlerstraße 32.

Kath. kaufm. Verein „Fidelitas"
Karlsruhe.
(Lokal: Burg Ahringen, Marienstr. 1...)

Dienstag Abend 9 Uhr:
Generalversammlung.
Der Vorstand.

Gustav Schneider, Karlsruhe, Kaiserstr. 122,
empfiehlt als besonders überraschende
Weihnachts-Geschenke
Sortimentskisten mit Damen- und Mühlenspiel,
enthaltend:
6 verschiedene Sorten, 100 Stück hochfeine **Cigarren** } Elegante Packung.
1 Skatspiel mit Zubehör } Mark 10.—.

Die Cigarren stammen sämmtlich aus der renommirten Fabrik **Salto de Ciervo,** wodurch die Garantie für die Güte des Fabrikates gegeben ist. Nach auswärts gegen Betragseinsendung oder Nachnahme.

Verantwortlich für den redaktionellen Theil: B. Häfner. — Für Haus- und Landwirthschaft, Handel u. Inserate: H. Vogel. Beide in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstr. ... H. Vogel, Direktor.